

**FOKUS-Institut Halle
Forschungsgemeinschaft für
Konflikt- und Sozialstudien e.V.**

Politische Landschaften im Meinungsbild PoliLand

Soziologisch-empirische Kurzstudie zu Problembewusstsein,
Veränderungspotenzialen und Einstellungen zur Zukunft im
Meinungsbild der Bevölkerung.

Untersuchungszeitraum: November 2003
Stichprobe: n = 2.656

Halle, August 2004
Dr. Michael Chrapa †
Jeannette Drygalla
Susanne Wolf

Inhaltsverzeichnis

1. Einführende Gedanken.....	3
2. Darstellung der Population: soziodemographische Zusammensetzung und Parteiangehörigkeiten.....	4
Exkurs PDS - Orientierungen Multifaktorielle Betrachtungen.....	5
3. Zukunfts- und Veränderungsidentifikationen	6
3.1 Typenbildung - Zukunftsängstliche/ Zukunftszuversichtliche im Vergleich	9
3.2 Typenbildung - Veränderungs- und Stabilitätsbewusstsein im Vergleich ...	15
4. Widergespiegelte Reform- und Interventionsansätze	20
5. Reflektiertes Problembewusstsein.....	25
6. Fazit.....	32
7. Quellen	34
8. Anhang Tabellen und Übersichten	35
9. Impressum.....	71

1. Einführende Gedanken

Hintergrund für die vorliegende Untersuchung bildet die Grundannahme, dass sich seit Beginn der 90er Jahre tief greifende wirtschaftliche, soziostrukturelle, politische, soziokulturelle sowie internationale Wandlungen abzeichnen, die seit dem Jahrtausendwechsel klarer hervor treten und in ihrer Wirkung für den Einzelnen schärfer ausfallen. Diese Umbrüche werden durch vielfältige, gleichfalls in Veränderung befindliche Elemente des politischen Verhaltens und - darin eingeschlossen - der politischen Meinungsbildung begleitet. Ein wesentlicher Bestandteil der politischen Meinungsbildung ist die Einstellung zu Konfliktlagen in der Gesellschaft und die Wahrnehmung der Notwendigkeit von Veränderungsprozessen. Um komplexe Wandlungen wenigstens in Umrissen zu erfassen und für politische Entscheidungen verfügbar zu machen, bedarf es umfangreicher empirischer Untersuchungen. Diese sollten ein Längsschnittsdesign vorweisen, um tatsächlich eingetretene Veränderungen im Zeitvergleich erfassen zu können. Ausgangspunkt der nachfolgenden Ausführungen bilden die ausgewerteten Fragebögen einer empirischen Studie (vgl. Chrapa/ Wittich 2004), die im November des Jahres 2003 durchgeführt wurde. Dafür wurden per Zufallsprinzip insgesamt 15.000 standardisierte Fragebögen verteilt. Die Rücksendung erfolgte anonym in dafür vorgesehenen Rückantwortumschlägen. Insgesamt konnten 2.656 zurückgesendete Fragebögen in die Auswertung einbezogen werden. Das entspricht einer Rücklaufquote von 17,7 Prozent. So weit es möglich war, wurden die vorliegenden Ergebnisse mit früheren Erhebungsergebnissen verglichen. Die Stichprobe wurde durch Korrekturfaktoren den statistischen Merkmalen der Bundesrepublik Deutschland angepasst (vgl. ebenda S. 5). Die Auswertung erfolgte mittels SPSS 12.0. Drei Fragekomplexe sind dabei aus dem Fragebogen entnommen worden:

- a) brennende Probleme in der Gesellschaft und für die Befragten persönlich,
- b) Einstellungen zur Zukunft und zu Veränderungen der Gesellschaft und
- c) Möglichkeiten zur Lösung angestauter Probleme.

Die vorliegende Studie ist in vier Teile gegliedert: Als erstes werden die Befragten anhand ihrer soziodemographischen Daten dargestellt, darauf folgen ihre Einstellungen zur Zukunft und zu Veränderungen der Gesellschaft. Als drittes geht es um die wahrgenommenen persönlichen und gesellschaftlichen Probleme und schließlich um mögliche Ansätze zum Lösen dieser Probleme.

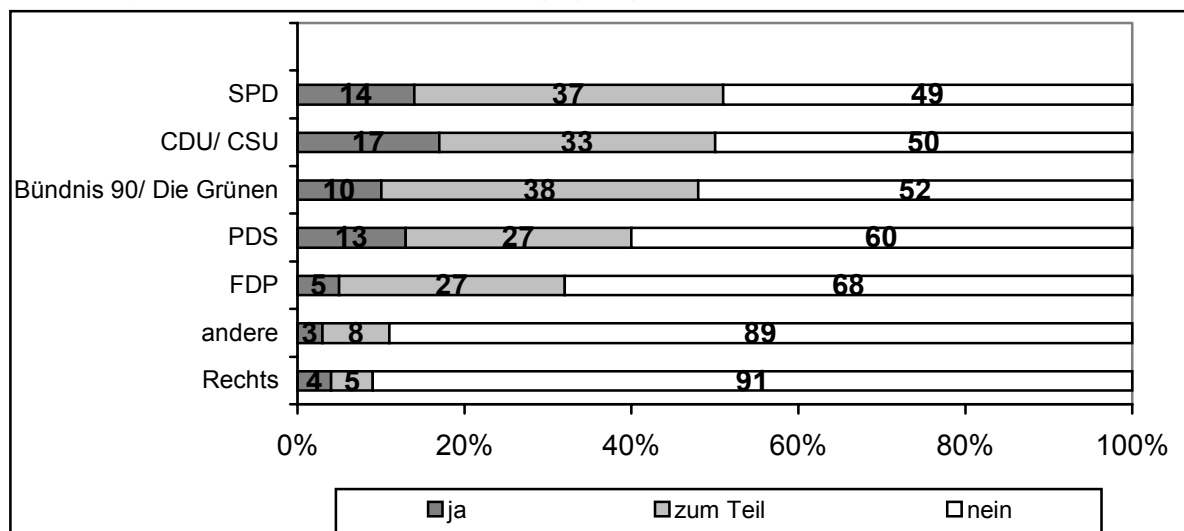
2. Darstellung der Population: soziodemographische Zusammensetzung und Parteienanhängerschaften

Die Population der Befragten setzt sich zu nahezu gleichen Teilen aus drei Altersgruppen zusammen: 38 Prozent sind bis zu 40 Jahre alt, 32 Prozent liegen in der Altersspanne zwischen 41 und 60 Jahren und 30 Prozent sind älter als 60 Jahre. Das Geschlechterverhältnis ist ausgeglichen. 55 Prozent der Befragten verfügen über Abitur und Studium, 45 Prozent haben einen Hauptschulabschluss bzw. mittlere Reife. Die Einschätzung der eigenen Einkommensverhältnisse schafft ein relativ kritisches Bild: fünf Prozent ordnen sich im oberen Drittel ein, 46 Prozent im mittleren und 49 Prozent im unteren Drittel. Etwas mehr als die Hälfte des Samples ist in einem Beschäftigungs- oder Ausbildungsverhältnis, 12 Prozent sind erwerbslos und 30 Prozent befinden sich im Ruhestand. Die Befragten wohnen zur Hälfte in großstädtischen Wohngebieten und jeweils ca. ein Viertel in ländlichen oder klein- bis mittelstädtischen Regionen. Knapp 60 Prozent sind in den neuen und 43 Prozent in den alten Bundesländern zu Hause (vgl. Tabelle 1 im Anhang).

Um einen Überblick über die Parteienanhängerschaften in der Bevölkerung zu bekommen, wurde ein Befragungsindikator entwickelt. Dieser soll erfassen, inwieweit die Befragten sich von den Einzelparteien in ihren Interessen vertreten sehen. Insgesamt zeigt sich ein Bild, das eher von einem Missverhältnis zwischen Interessen der Bevölkerung und der Wahrnehmung dieser Interessen durch die einzelnen Parteien zeugt (Abb. PoliLand 1).

Abb. PoliLand 1: Parteiorientierungen – Partei vertritt Interessen ja oder zum Teil

(Antworten 1 = ja, 2 = teils/teils sowie 3 = nein in Prozent, Rangfolge dargestellt nach 1+2)



Keine der genannten Parteien bekommt ungeteilten Zuspruch von mehr als 17 Prozent der Befragten, wobei die Unterschiede zwischen großen und kleinen Parteien nicht sehr stark ausgeprägt sind. Die "ja" Antworten liegen für SPD, CDU/ CSU, Bündnis 90/ Die Grünen und die PDS zwischen 13 und 17 Prozent. FDP, Rechte sowie andere Parteien liegen bei fünf Prozent und darunter.

Die Unterschiede werden dann etwas deutlicher und auch die Rangfolge verschoben, wenn zu den klaren „ja“- die verhaltenen „teils/teils“ –Antworten hinzugezählt werden. Es wechseln die Rangplätze eins und zwei zwischen SPD und CDU. Die SPD profitiert von den nicht so entschlossenen „teils/ teils“ Zustimmungen. Ähnlich verhält es sich zwischen Bündnis 90/ Die Grünen und PDS-Zustimmungen. Während die PDS mit 13 Prozent „ja“ Zustimmungen an dritter Stelle der Rangliste steht, verschiebt sich diese Rangfolge zugunsten der Bündnisgrünen, wenn die „teils/ teils“ Antworten mit berücksichtigt werden.

Exkurs PDS - Orientierungen Multifaktorielle Betrachtungen

Im Folgenden werden in einem multifaktoriellen Modell (chade) verschiedene soziodemographische Angaben in ihrer Auswirkung auf die Parteiorientierung zur PDS¹ untersucht. In das Modell einbezogen wurden:

- Alter,
- Geschlecht,
- Wohnort Ost-West,
- Siedlungstyp,
- Einkommen,
- Bildungsniveau,
- Nationalität und
- berufliche Situation.

Aus der Auswertung (vgl. Abb. PoliLand 2) werden folgende Zusammenhänge ersichtlich:

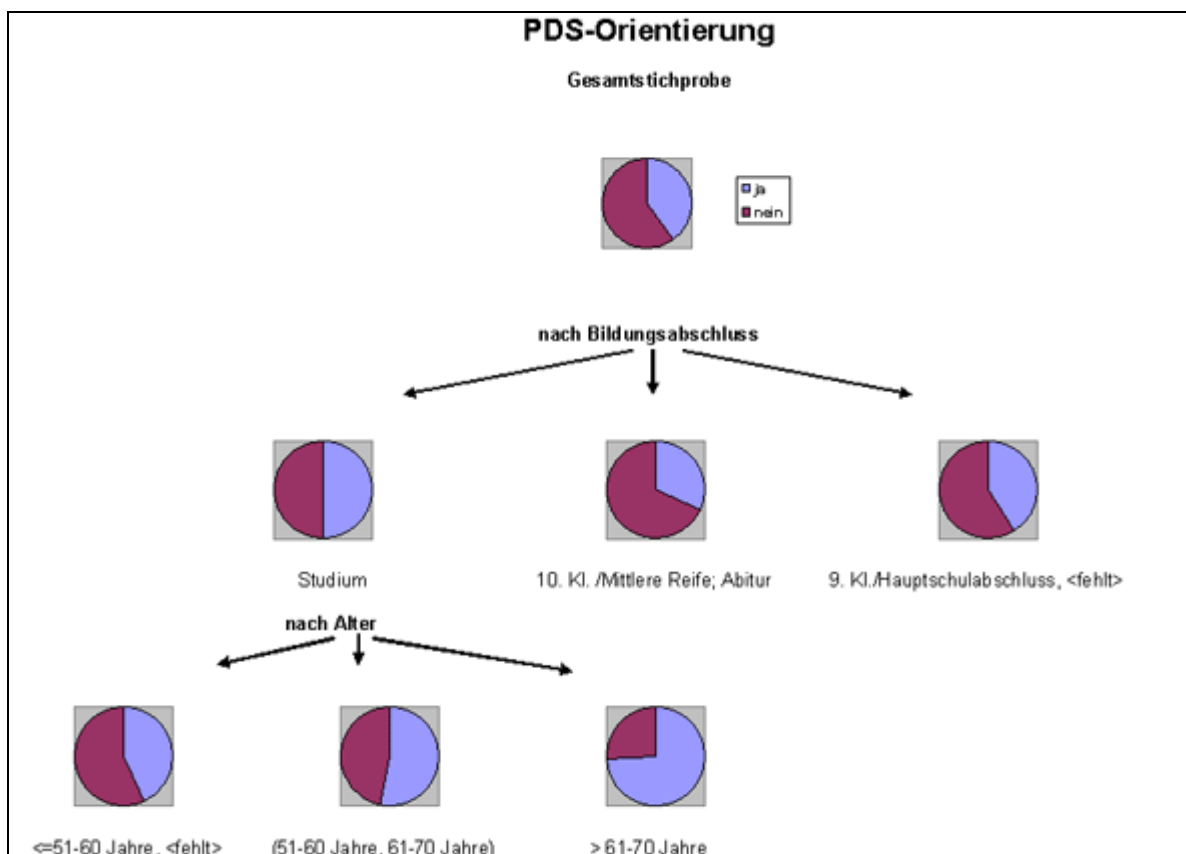
An erster Stelle lässt sich die Parteiorientierung zur PDS (ja und teils/ teils- Antworten zusammengefasst) statistisch über das Bildungsniveau erklären. Bei den Befragten, die über einen Hochschulabschluss verfügen, sind die Anteile der PDS-Orientierten signifikant am höchsten und liegen bei ca. 50 Prozent. Die Befragten, deren höchster schulischer Abschluss ein Hauptschulabschluss/9.– Klasse-Abschluss ist, sind zu 41 Prozent PDS-orientiert, der geringste Anteil an

¹ Für das Modell wurden die ja und teils/ teils- Antworten zusammengefasst). Eine detaillierte Darstellung mit Angaben der einzelnen prozentualen Verteilungen findet sich im Anhang. (Anhang: Abb. 2: Parteiorientierung PDS – Multifaktorielle Betrachtungen).

PDS-Anhängern findet sich in der Teilpopulation mit Abschluss 10. Klasse oder Abitur.

Die Untergruppe der Hochschulabsolventen lässt sich noch einmal in verschiedene Altersgruppierungen unterteilen. Mit zunehmendem Alter steigt dort der Anteil der PDS-Orientierten. In der Gruppe der Befragten über 61 ist er mit 74 Prozent am höchsten.

Abb. PoliLand 2: Parteiorientierung PDS – Multifaktorielle Betrachtungen



3. Zukunfts- und Veränderungsidentifikationen

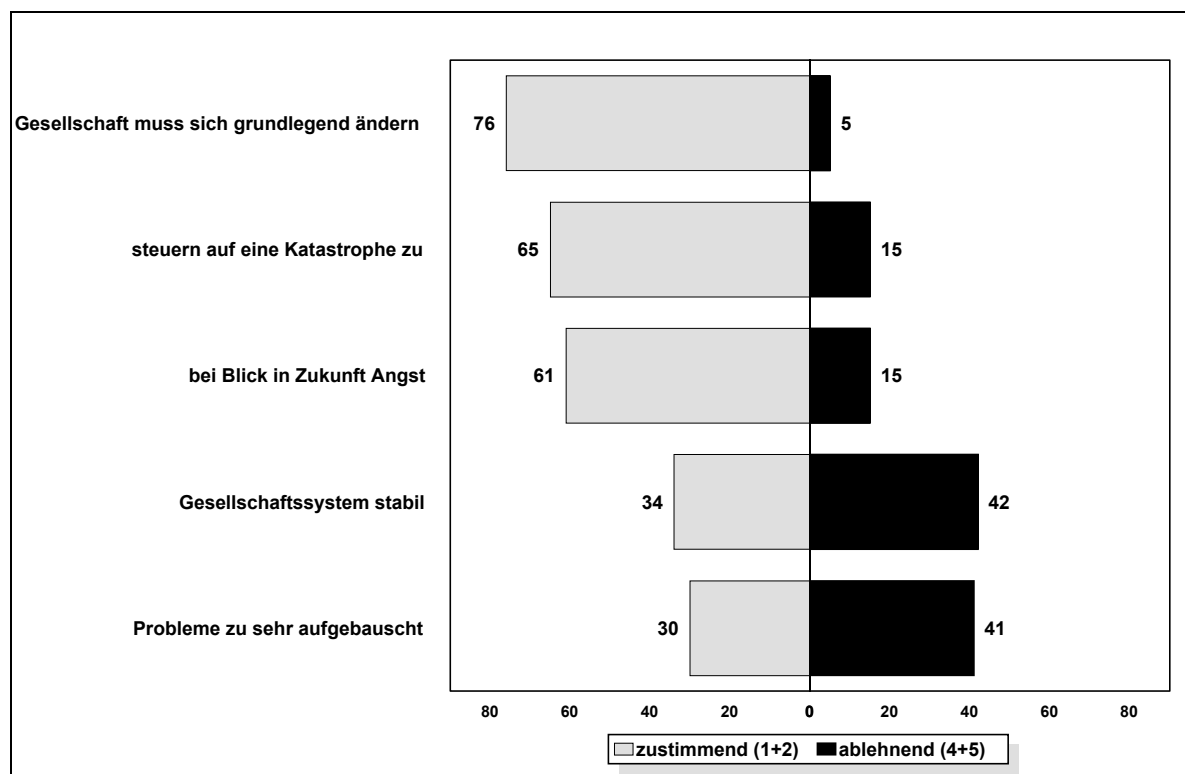
In einem Komplex der Befragung ging es darum, ausgewählte Einstellungen in der Bevölkerung zur Zukunft und zu nötigen Veränderungen in der Gesellschaft zu ermitteln, die einen mentalen Hintergrund für politische Bewertungen und politisches Verhalten bilden können (vgl. Chrapa/ Wittich 2001, S. 6). Auf die Frage, ob bzw. inwieweit "die aktuellen wirtschaftlichen und sozialen Probleme Ausdruck einer generellen Krise der Gesellschaft" sind, wurde wie folgt geantwortet:

Dass die Gesellschaft sich grundlegend ändern müsse, bestätigt mit 76 Prozent ein Großteil der Befragten (s. Abb. PoliLand 3). Hierbei wird deutlich, dass ein

Bewusstsein für die Notwendigkeit von Veränderungen in breiten Teilen der Bevölkerung vorhanden ist. Der noch zugespitzteren Aussage, dass ein Fortschreiten auf dem bisherigen Kurs bedeutet, "auf eine Katastrophe zuzusteuern" bzw. „dass der Blick in die Zukunft Angst mache“, stimmen mit 65 Prozent zwar weniger der Befragten, aber noch immer noch eine deutliche Mehrheit zu.

Abb. PoliLand 3: Einstellungen zu Zukunft und zu Veränderungen

(Antworten 1 + 2 = zustimmend sowie 4 + 5 = ablehnend in Prozent)



Spiegelbildlich dazu finden die Aussagen, dass „das Gesellschaftssystem stabil sei“, bzw. dass „die Probleme zu sehr aufgebauscht werden“ überwiegend keine Zustimmung. Damit lässt sich insgesamt ein Einstellungsbild in der Bevölkerung zeichnen, das von mehrheitlich instabilen und problembewussten sowie zukunfts-skeptischen Aspekten geprägt ist.

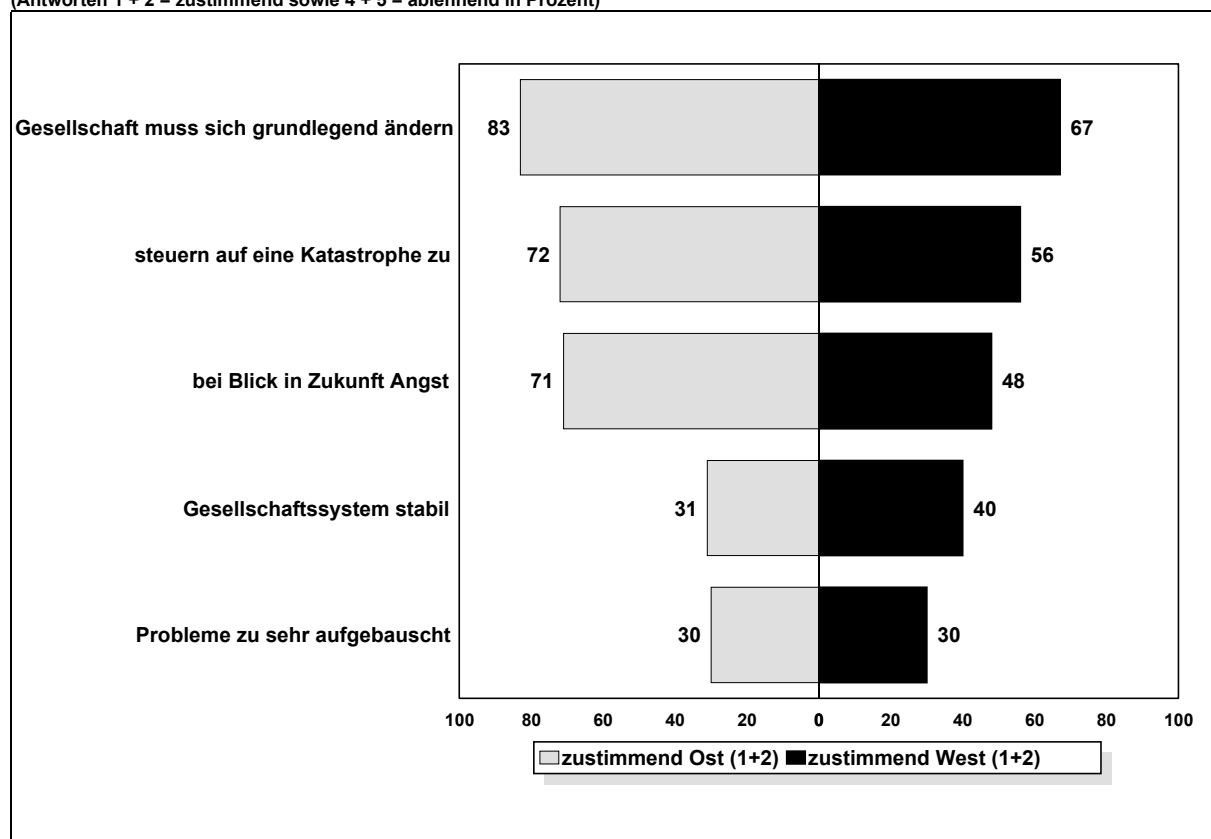
Signifikante Unterschiede finden sich zwischen den Einstellungen zu Zukunft und Veränderungen bei Befragten im Osten und im Westen Deutschlands:

Die Statements „die Gesellschaft muss sich grundlegend ändern“, „wenn es so weitergeht, steuern wir auf eine Katastrophe zu“ und „beim Blick in die Zukunft habe ich Angst“ treffen in den neuen Bundesländern auf teilweise erheblich

größere Zustimmung (vgl. Abb. PoliLand 4) worin ein stärkeres Instabilitäts- und Problembewusstsein im Osten zum Ausdruck kommt. Dies spiegelt die besonderen Problemkonstellationen wie z.B. die hohe Arbeitslosenquote und die wirtschaftliche Situation in den neuen Bundesländern direkt wider. In den alten Bundesländern wird das Gesellschaftssystem stabiler angesehen als im Osten (40 Prozent gegenüber 31 Prozent). Nur der Aussage, dass „Probleme zu sehr aufgebauscht“ werden, stimmen Ost- und Westdeutsche zu gleichen Anteilen zu (jeweils 30 Prozent).

Abb. PoliLand 4: Einstellungen zu Zukunft und zu Veränderungen im Ost-West-Vergleich

(Antworten 1 + 2 = zustimmend sowie 4 + 5 = ablehnend in Prozent)



Im Zeitvergleich zu einer Befragung, die im Jahre 2001 zwei dieser Befragungstems in gleicher bzw. ähnlicher Weise erhoben hat, zeigt sich folgendes Bild: Sowohl das Veränderungs- als auch das Problembewusstsein sind angestiegen. Das trifft sowohl für die neuen als auch die alten Bundesländer zu (vgl. Tab. PoliLand 1).

Tab. PoliLand 1: Einstellungen zu Zukunft und Veränderungen im Zeitvergleich 2001 : 2003

(Antworten 1 + 2 = zustimmend sowie 4 + 5 = ablehnend in Prozent)

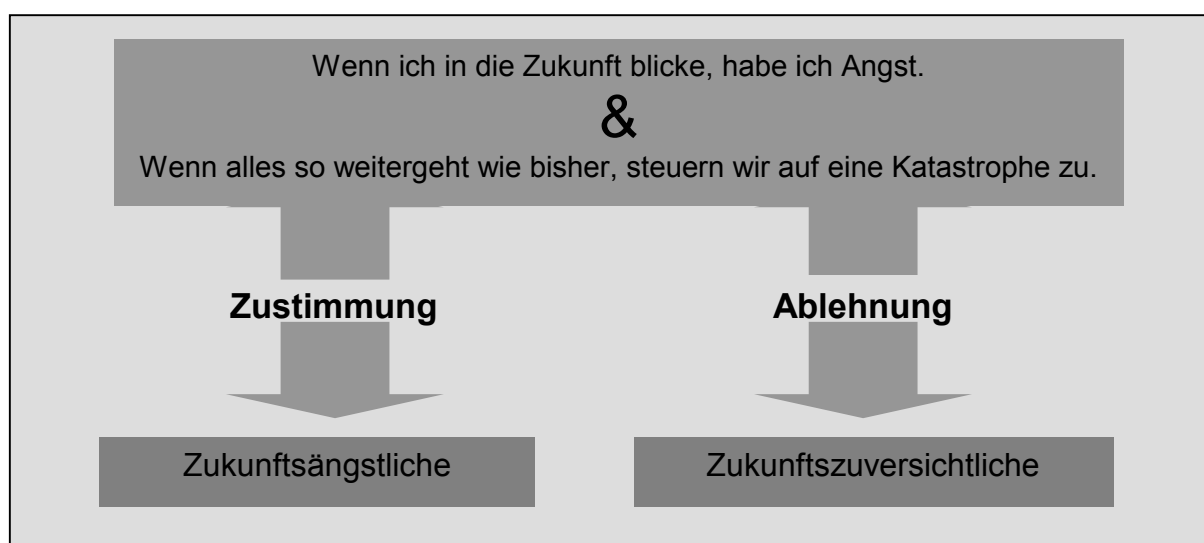
Antworten in Prozent	Bürgermeinung 2001 ²				Bürgermeinung 2003			
	Ost		West		Ost		West	
	(1+2)	(4+5)	(1+2)	(4+5)	(1+2)	(4+5)	(1+2)	(4+5)
Ich glaube, die Gesellschaft muss sich in Zukunft grundlegend ändern.	73	5	59	14	83	4	67	8
Wenn alles so weitergeht wie bisher, steuern wir auf eine Katastrophe zu. ³	54	18	43	30	72	12	56	20

In den nachfolgenden Ausführungen sollen die vorgestellten Antworten noch einmal zu Typen zusammengefasst und miteinander verglichen werden. Im Abschnitt 3.1 erfolgt eine Typenbildung abhängig davon, welche Einstellungen zur Zukunft von den Befragten wiedergespiegelt werden. Im Abschnitt 3.2 werden Einstellungen zu Veränderungen in der Gesellschaft als Grundlage für die Typenbildung herangezogen.

3.1 Typenbildung - Zukunftsängstliche/ Zukunftszuversichtliche im Vergleich

Aus den zustimmenden bzw. ablehnenden Antworten auf die beiden Aussagen "Wenn ich in die Zukunft blicke habe ich Angst." und "Wenn alles so weitergeht wie bisher, steuern wir auf eine Katastrophe zu." wurden drei Gruppen gebildet, die im Folgenden als Typen "Zukunftsängstliche", „Neutrale“ und "Zukunftszuversichtliche" bezeichnet und miteinander verglichen werden.

Abb. PoliLand 5: Typenbildung: Einstellung zu Zukunft

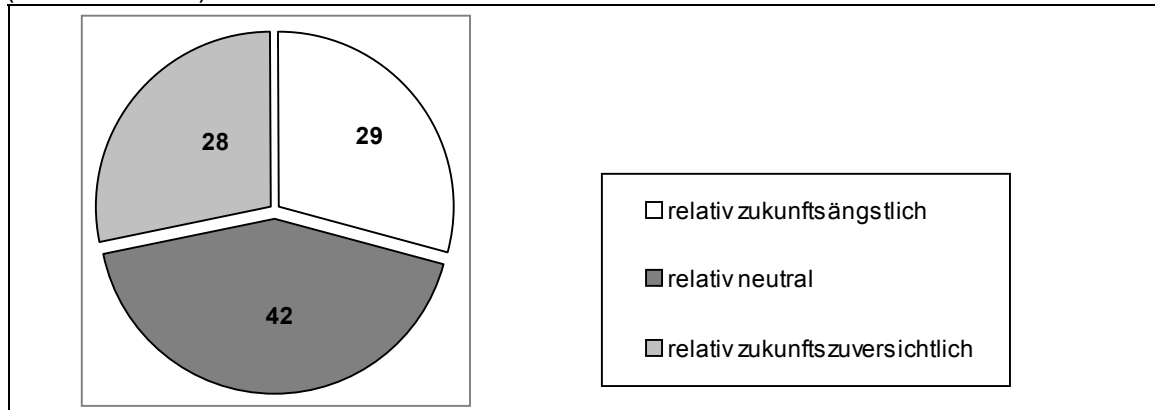


² vgl. Chrapa, M./ Wittich D. (2001): Bürgermeinung 2001: Politische Einstellungen in der deutschen Bevölkerung. S. 6

Insgesamt lassen sich 29 Prozent der Befragten dem Typus „Zukunftsängstlich“ zuordnen, 28 Prozent dem Typus „Zukunftszuversichtlich“ und 42 Prozent finden sich in der „neutralen“ Gruppe.

Abb. PoliLand 6: Typus Einstellungen zu Zukunft in der Gesamtpopulation

(Antworten in Prozent)



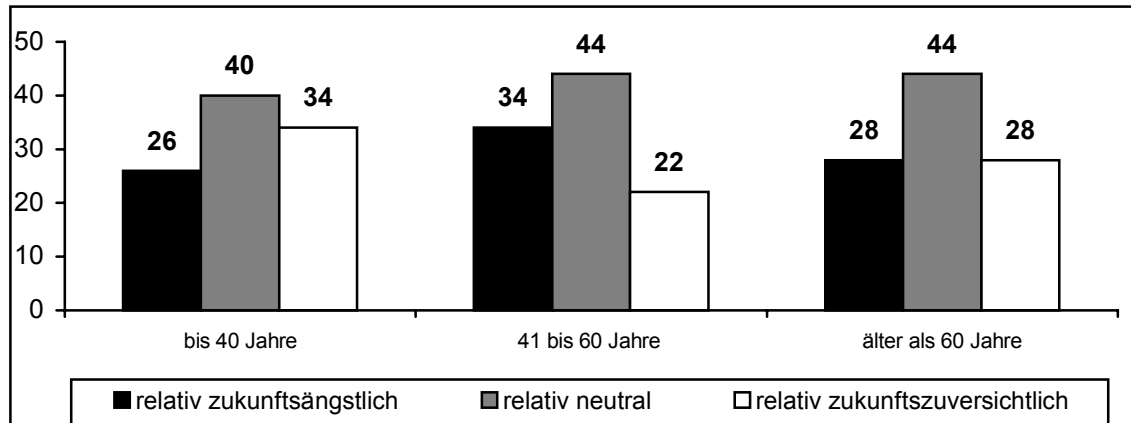
Vergleicht man diese Typen hinsichtlich ihrer demographischen Struktur, lassen sich in allen untersuchten Aspekten signifikante Zusammenhänge erkennen (vgl. Anhang Tabelle 7). Dabei fällt auf, dass in allen demographischen Gruppen die „Neutralen“ am stärksten vertreten sind und ihr Anteil auch relativ konstant bleibt (zwischen 40 und 49 Prozent). Die Anteile der Zukunftsängstlichen und Zukunftszuversichtlichen schwanken demgegenüber stark: zwischen 19 und 40 Prozent beziehungsweise zwischen 15 und 40 Prozent.

Alter: Der Anteil der Zukunftszuversichtlichen ist in der Altersgruppe der bis zu 40-Jährigen am größten und in der Gruppe der 41- bis 60-Jährigen am kleinsten. Am skeptischsten blicken diejenigen in ihre Zukunft, die zwischen 41 und 61 Jahre alt sind. Bei den Befragten über 60 Jahre zeigt sich ein ausgeglichenes Bild.

³ Formulierung im Fragebogen 2001: „Ich glaube, wenn alles so weitergeht wie bisher, steuern wir auf eine Katastrophe zu.“

Abb. PoliLand 7: Typus Einstellungen zu Zukunft und Alter

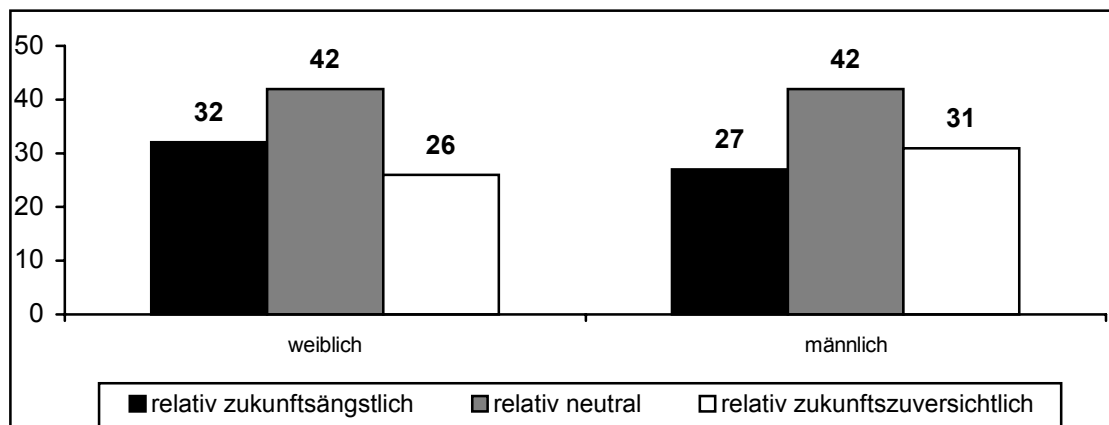
(Antworten in Prozent)



Geschlecht: In Bezug auf das Geschlecht ist festzuhalten, dass Frauen eher ängstlich und Männer stärker zuversichtlich in die Zukunft schauen.

Abb. PoliLand 8: Typus Einstellungen zu Zukunft und Geschlecht

(Antworten in Prozent)

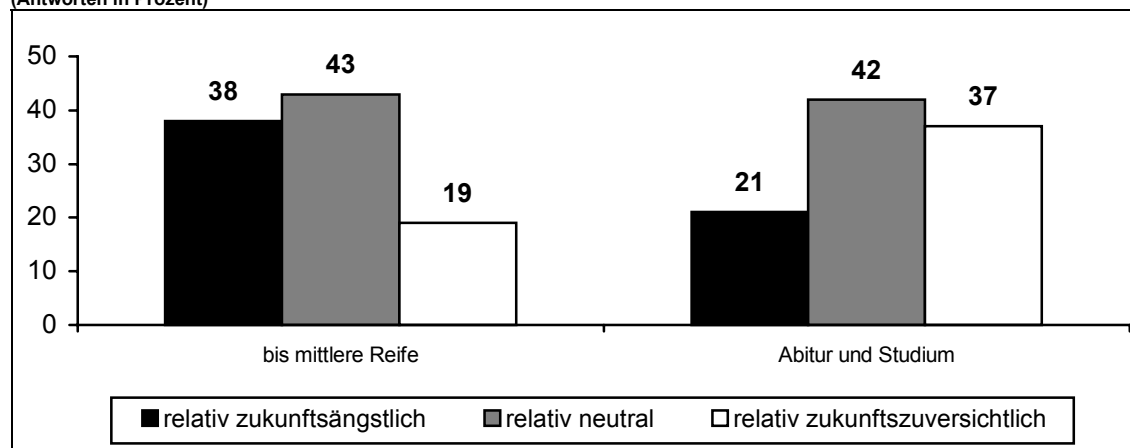


Bildung:

Bei den Befragten mit vergleichsweise niedrigem Bildungsniveau ist die Einstellung zur Zukunft weniger zuversichtlich, als bei den Befragten mit höherem Bildungsabschluss.

Abb. PoliLand 9: Typus Einstellungen zu Zukunft und höchster Bildungsabschluss

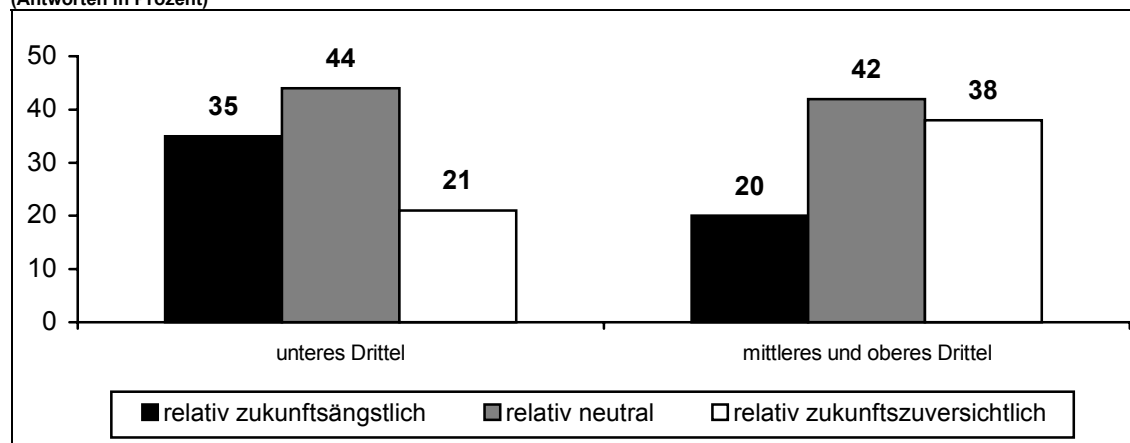
(Antworten in Prozent)



Einkommen: Die Befragten mit einem hohen Einkommen blicken zuversichtlicher in die Zukunft als diejenigen, die ein geringes Einkommen angeben.

Abb. PoliLand 10: Typus Einstellungen zu Zukunft und Einkommen

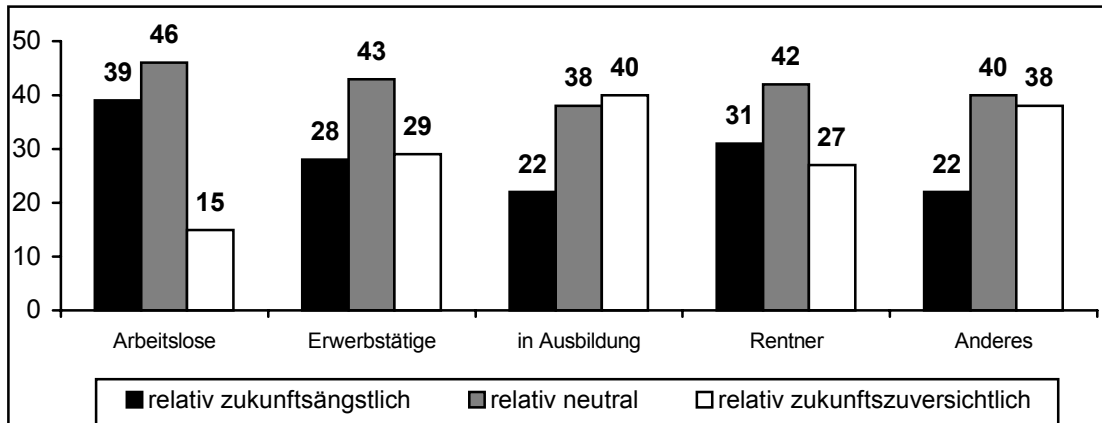
(Antworten in Prozent)



Berufliche Situation: Die berufliche Situation hat auch einen Einfluss auf die Einstellungen zur Zukunft. Erwerbstätige und Auszubildende reflektieren ihre Zukunftsaussichten eher zuversichtlich als Arbeitslose und Rentner.

Abb. PoliLand 11: Typus Einstellungen zu Zukunft und berufliche Situation

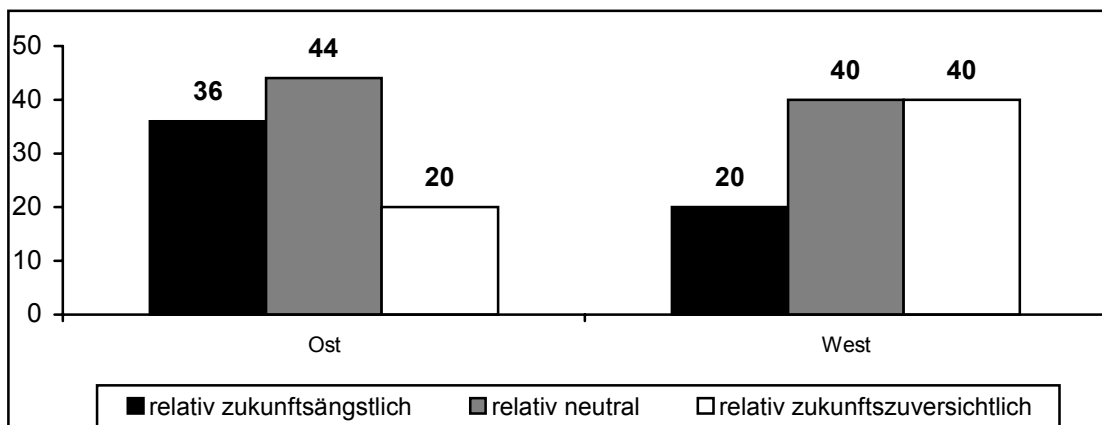
(Antworten in Prozent)



Ost-West-Vergleich: Im Vergleich zwischen den alten und den neuen Bundesländern lässt sich die Aussage aus Abschnitt 2 verstärken. Im Osten wird deutlich pessimistischer in die Zukunft geblickt als im Westen. Die Verhältnisse sind annähernd spiegelbildlich: während im Osten die Zukunftsängstlichen 36 Prozent und die Zukunftsneutralen 44 Prozent ausmachen, sind die Zukunftsneutralen im Westen mit 40 Prozent und die Zukunftsängstlichen mit 20 Prozent vertreten.

Abb. PoliLand 12: Typus Einstellungen zu Zukunft und Ost/ West

(Antworten in Prozent)



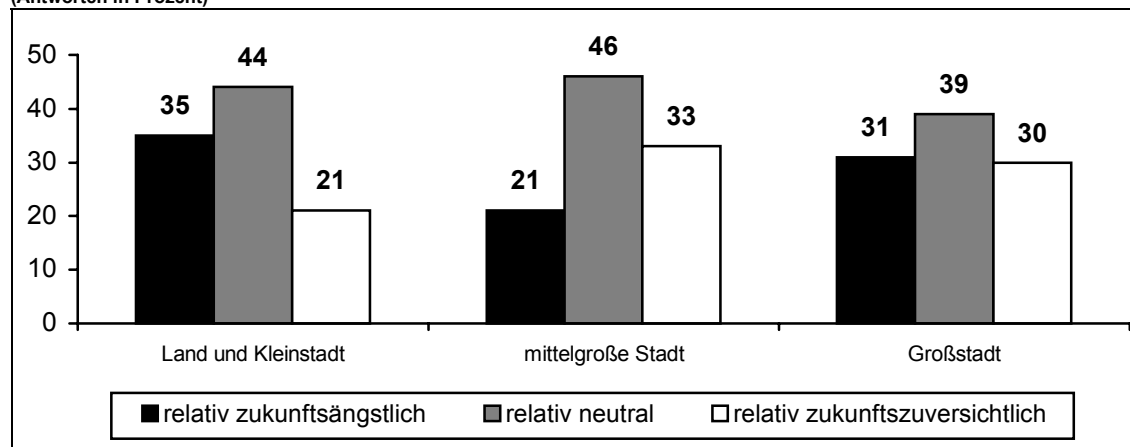
Siedlungstyp:

Auch zwischen den einzelnen Siedlungstypen – Land & Kleinstadt, mittelgroße Stadt, Großstadt – gibt es Unterschiede. Am optimistischsten sind die Befragten aus mittelgroßen Städten: Hier gehört ein Drittel zu den Zuversichtlichen und nur

ein Viertel zu den Ängstlichen. In den Großstädten sind beide Gruppen mit 30 und 31 Prozent etwas gleich stark vertreten. Auf dem Land und in den Kleinstädten dagegen überwiegen die Ängstlichen mit 35 Prozent.

Abb. PoliLand 13: Typus Einstellungen zu Zukunft und Siedlungstyp

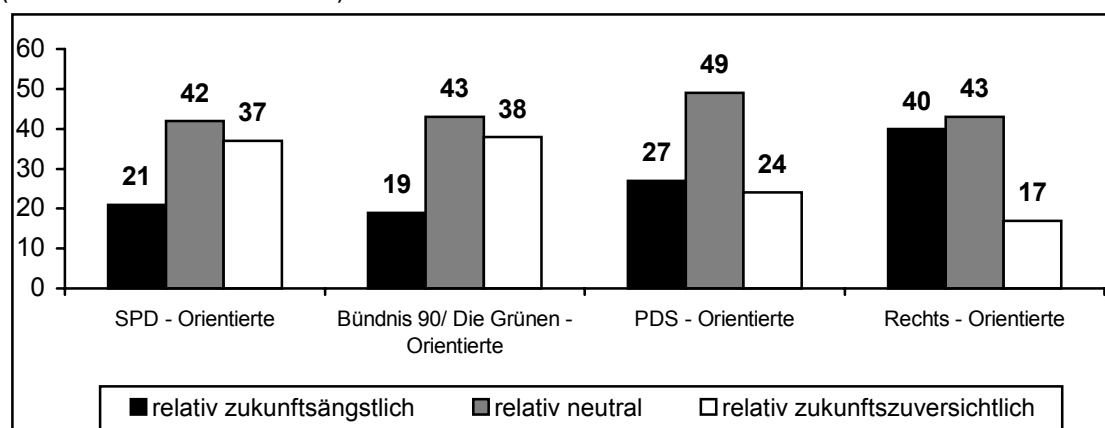
(Antworten in Prozent)



Parteiorientierungen: Vergleicht man die Einstellungstypen zur Zukunft mit den Parteiorientierungen (zusammengefasst: Partei vertritt und vertritt zum Teil meine Interessen) zeigt sich folgendes Bild: Kein signifikanter Zusammenhang lässt sich zwischen Zukunftseinstellungen und Orientierung zur CDU, FDP oder anderen Parteien sichern (vgl. Tabelle 10 im Anhang).

Abb. PoliLand 14: Typus Einstellungen zu Zukunft und Parteiorientierungen

(Antworten 1 = zustimmend in Prozent)



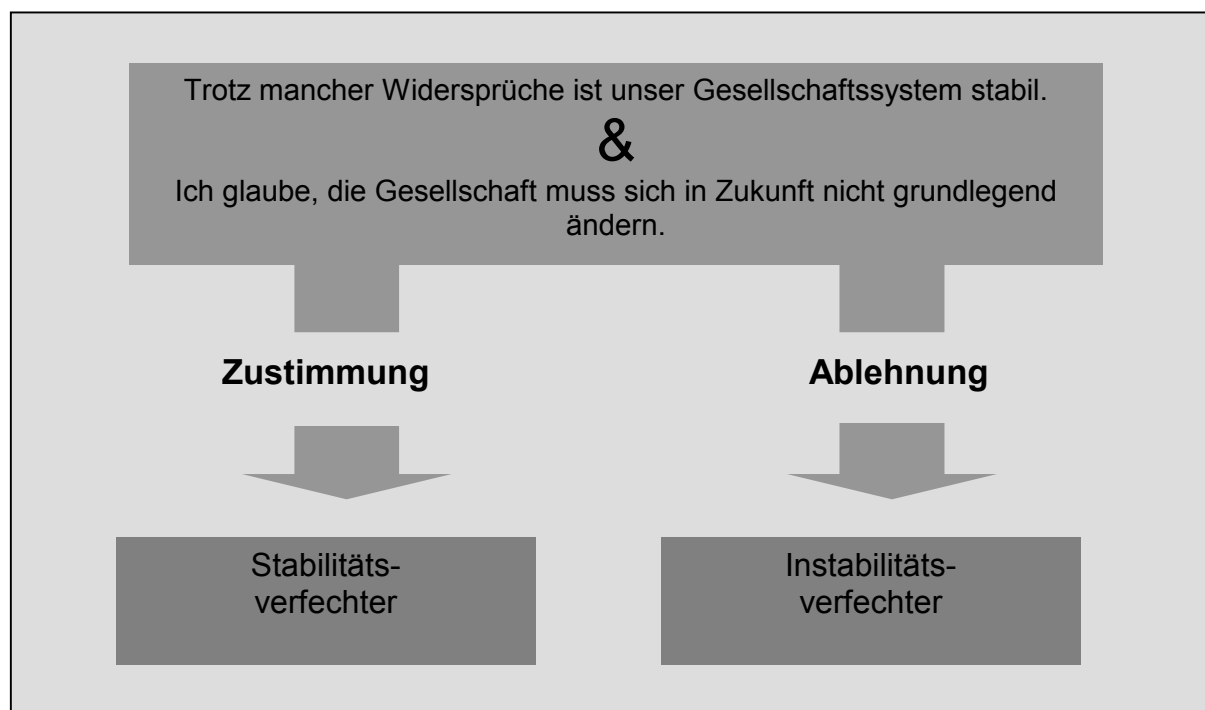
Bei den SPD - und Bündnis 90/ Die Grünen - Orientierten sind die Anteile derer, die zuversichtlich in die Zukunft schauen am größten und bei den Rechts - Orientierten am geringsten. Ein nicht so eindeutiges Bild zeigt sich bei den Befragten, die ihre Interessen von der PDS vertreten sehen. Hier sind die

Neutralen mit 49 Prozent besonders stark vertreten. Zukunftszuversichtliche und zukunftsängstliche Ausprägungen nehmen ungefähr den gleichen Stellenwert ein.

3.2 Typenbildung - Veränderungs- und Stabilitätsbewusstsein im Vergleich

Stabilität einer Gesellschaft misst sich auch daran, wie zufrieden deren einzelne Mitglieder sind, bzw. wie aufgeschlossen sie sich Veränderungen gegenüber zeigen. In einer zweiten Typenbildung wurden Einstellungen zu Veränderungen in der Gesellschaft näher betrachtet. Zusammengefasst wurden die Aussagen "Trotz mancher Widersprüche ist unser Gesellschaftssystem stabil" und "Ich glaube die Gesellschaft muss sich in Zukunft grundlegend ändern" ⁴. Aus den Ergebnissen wurden zwei kontrastierende Gruppen gebildet, die als "Stabilitäts-, und "Instabilitätsverfechter" bezeichnet werden. Zusammen mit den mittleren Gruppen, den „Neutralen“ ergeben sich drei Typen:

Abb. PoliLand 15: Typus Einstellungen zu Veränderungen in der Gesellschaft in der Gesamtpopulation (Antworten in Prozent)



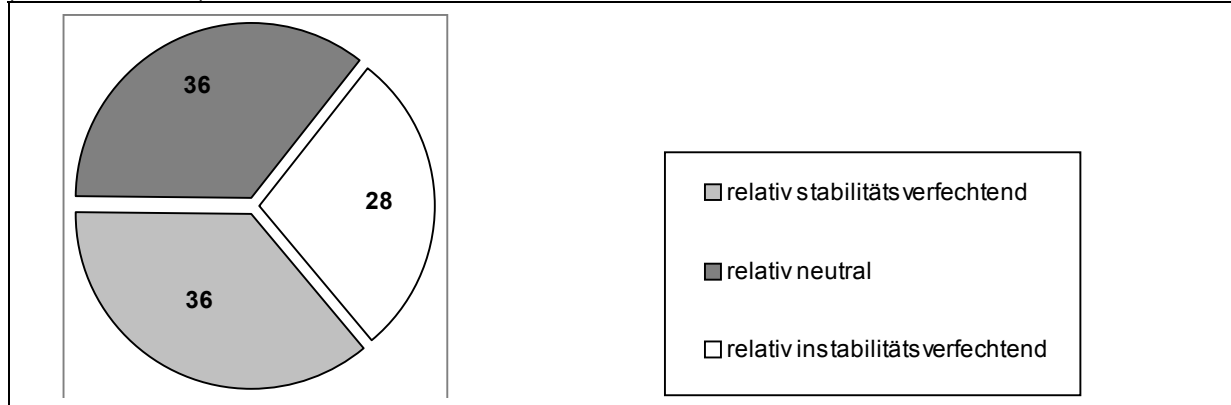
Insgesamt lassen sich 36 Prozent der Befragten den Stabilitätsverfechtern, 28 Prozent den Instabilitätsverfechtern und 36 Prozent den Neutralen zuordnen. Auch bei dieser Typenbildung ist die Gruppe der Neutralen mit 33 bis 40 Prozent relativ stabil in allen demographischen Gruppen vertreten. Der Anteil der

⁴ Die Aussage in der Übersicht :“Ich glaube, die Gesellschaft muss sich in Zukunft grundlegend ändern.“ wurde umkodiert, um die Ausrichtung beider Aussagen zu vereinheitlichen.

Stabilitätsverfechter schwankt zwischen 22 und 44 Prozent, der Anteil der Instabilitätsverfechter zwischen 19 und 45 Prozent.

Abb. PoliLand 16: Typus Einstellungen zu Veränderungen in der Gesellschaft in der Gesamtpopulation

(Antworten in Prozent)

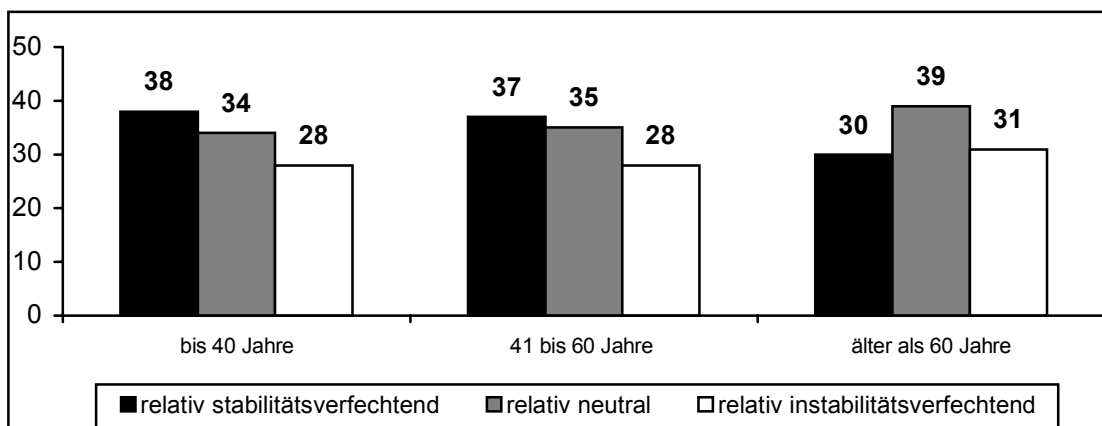


Diese Typen wurden im Hinblick auf die demographischen Gruppen untersucht. Im Unterschied zum Typenvergleich, der die Einstellung zur Zukunft untersuchte (vgl. Abschnitt 3.1), finden sich hier zum Geschlecht und dem höchsten Bildungsabschluss keine signifikanten Zusammenhänge.

Alter: In Bezug auf das Alter zeigt sich, dass der Anteil der Stabilitätsverfechter mit zunehmendem Alter abnimmt und der Anteil der Instabilitätsverfechter zunimmt.

Abb. PoliLand 17: Typus Einstellungen zu Veränderungen in der Gesellschaft und Alter

(Antworten in Prozent)

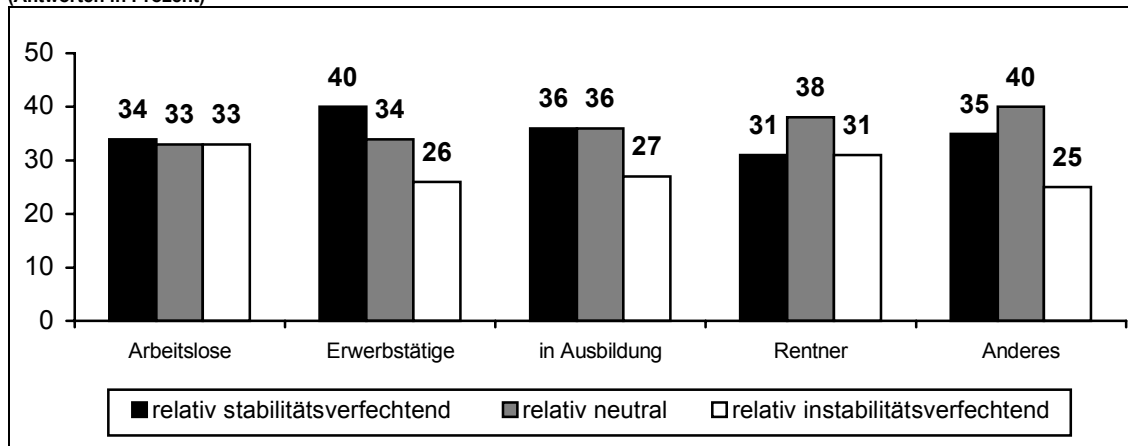


Berufliche Situation: Zusammenhänge zeigen sich auch zwischen der Stabilitätseinstellung der Befragten und deren beruflicher Situation. Stabiler wird die Gesellschaft von denen eingeschätzt, die in Ausbildungs- oder

Arbeitsverhältnissen stehen. Unter den Rentnern und Arbeitslosen sind Stabilitäts- und Instabilitätsverfechter zu ungefähr gleichen Teilen vertreten.

Abb. PoliLand 18: Typus Einstellungen zu Veränderungen in der Gesellschaft und berufliche Situation

(Antworten in Prozent)

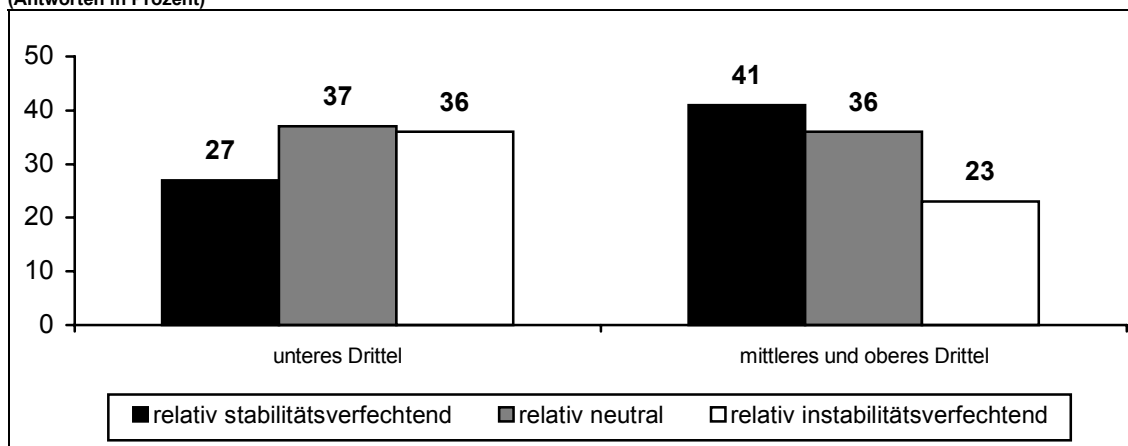


Einkommen:

Diejenigen, die sich über ein mittleres bis hohes Einkommen verfügen, schätzen die Gesellschaft stabiler ein, als Angehörige der unteren Einkommenschichten.

Abb. PoliLand 19: Typus Einstellungen zu Veränderungen in der Gesellschaft und Einkommen

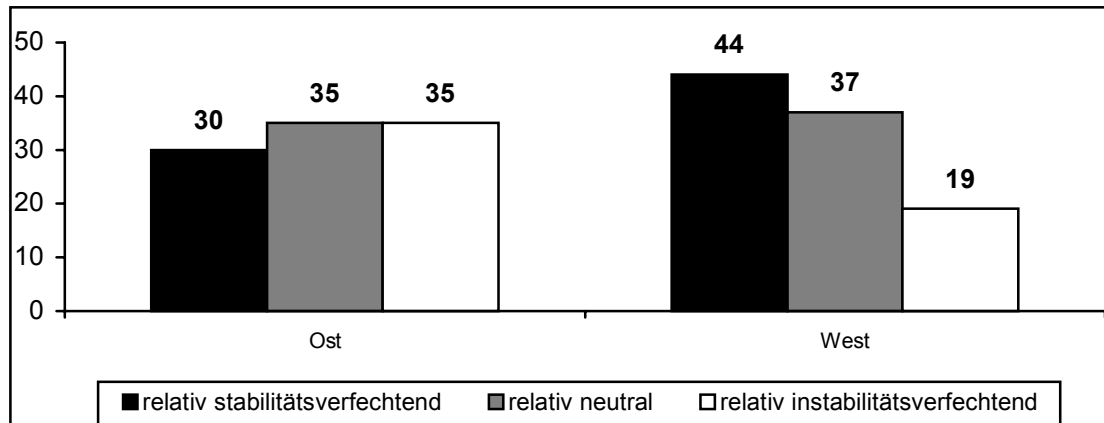
(Antworten in Prozent)



Ost-West-Vergleich: Von den Befragten aus dem Osten lassen sich 30 Prozent dem Typus „Stabilitätsverfechter“ zuordnen, während es im Westen 44 Prozent sind. Umgekehrt verhält es sich mit den Instabilitätsverfechtern: ihr Anteil ist in den alten Bundesländern mit 19 Prozent wesentlich geringer als im Osten mit 35 Prozent. Es lässt sich daher festhalten, dass im Westen ein Stabilitätsbewusstsein vorherrscht, jedoch im Osten eher ein Instabilitätsbewusstsein vorhanden ist.

Abb. PoliLand 20: Typus Einstellungen zu Veränderungen in der Gesellschaft und Wohnort Ost/ West

(Antworten in Prozent)

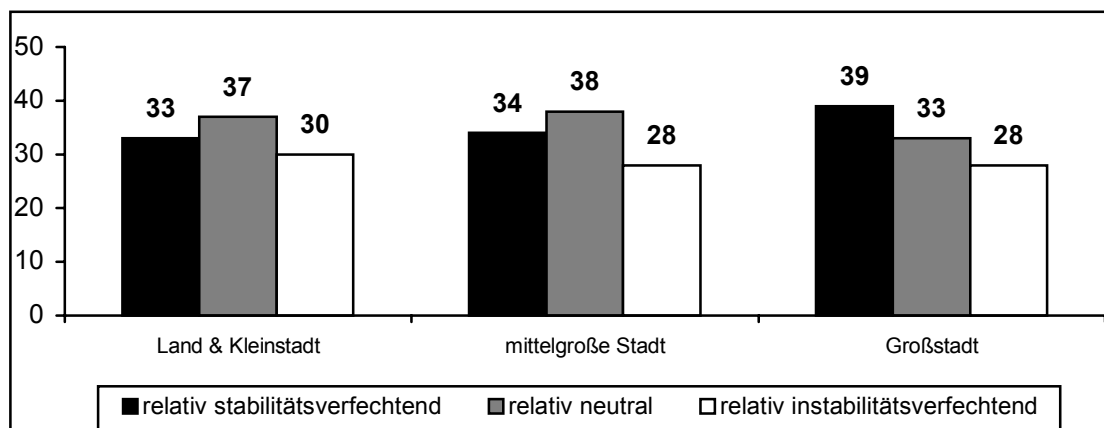


Siedlungstyp:

Im Zusammenhang mit dem Siedlungstyp ergibt sich folgende Tendenz: In Großstädten sind die Stabilitätsverfechter stärker vertreten und die Instabilitätsverfechter weniger präsent als in mittelgroßen und kleinen Städten oder auf dem Land.

Abb. PoliLand 21: Typus Einstellungen zu Veränderungen in der Gesellschaft und Siedlungstyp

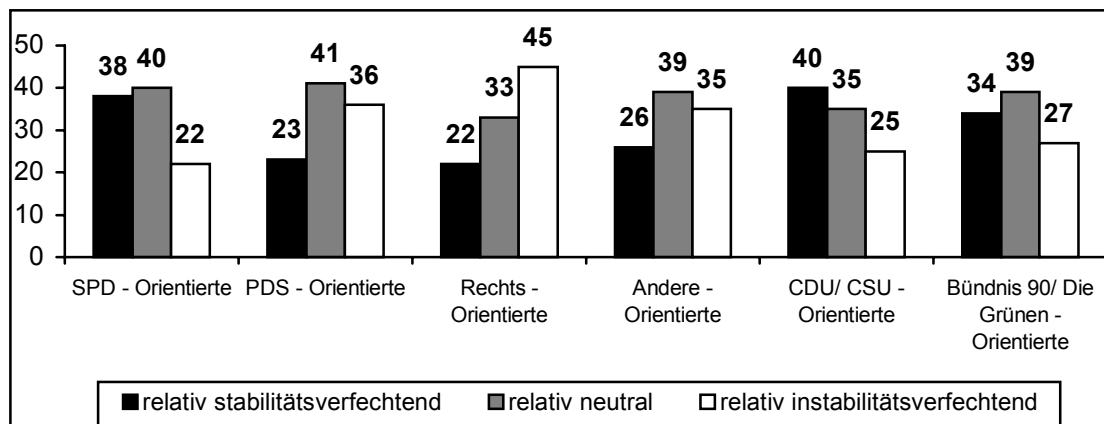
(Antworten in Prozent)



Parteiorientierungen: Bei den Parteiorientierungen zeigen sich in Bezug auf fast alle Parteien Zusammenhänge bezüglich des (In)Stabilitätsbewusstseins. Der größte Anteil von Stabilitätsverfechtern findet sich bei den CDU/CSU-Orientierten. Dagegen ist der größte Teil von Instabilitätsverfechtern bei den Rechts-Orientierten zu finden. Auch unter den PDS- und Anders-Orientierten bilden die Instabilitätsverfechter eine große Gruppe.

Abb. PoliLand 22: Typus Einstellungen zu Veränderungen in der Gesellschaft und Parteiorientierungen

(Antworten 1 = zustimmend in Prozent)



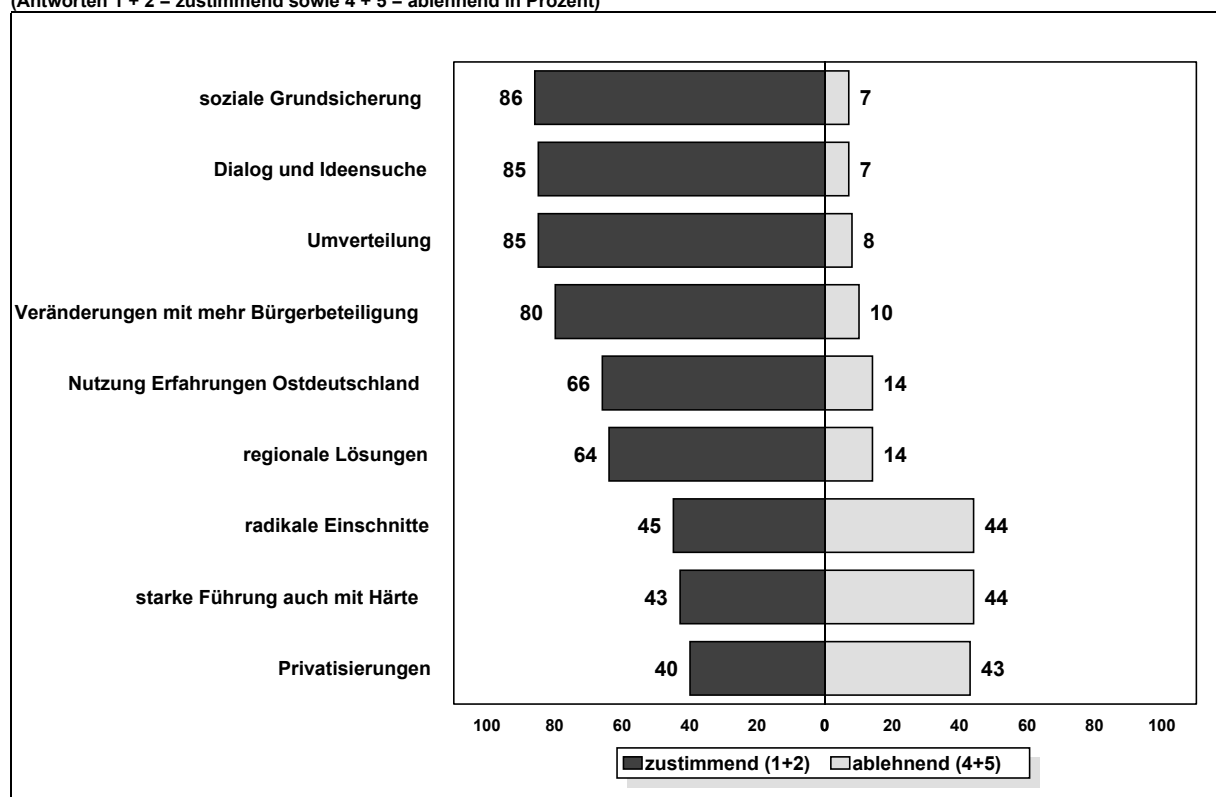
4. Widergespiegelte Reform- und Interventionsansätze

Zur Ergänzung der gemessenen Änderungs- und Stabilitätsidentifikationen sollte mit einem weiteren Befragungskomplex erfasst werden, welche Schritte zur Lösung "angestauter Probleme in Deutschland" aus Sicht der Bevölkerung Erfolg versprechend sind bzw. auf Akzeptanz stoßen. In Übereinstimmung mit dem großen Instabilitäts- und Veränderungsbewusstsein zeigt sich auch eine große Bestätigung einzelner Interventionsmöglichkeiten.

So wird zum einen „mutigen Schritten zur Schaffung einer sozialen Grundsicherung für alle“, wie auch Umverteilungs- und integrativen Veränderungsansätzen von Großteilen der Bevölkerung zugestimmt. Aber auch regional bezogene Aspekte, wie die verstärkte Nutzung der Erfahrungen aus Ostdeutschland und eine Orientierung auf regionale Lösungen finden eine mehrheitliche, wenn auch etwas abgeschwächte Zustimmung. Verhalten zeigen sich die Meinungen bezogen auf "Radikale Einschnitte" und starke, bzw. harte Regierungsstrategien.

Abb. PoliLand 23: Einstellungen zu Lösungsvorschlägen in der Gesellschaft

(Antworten 1 + 2 = zustimmend sowie 4 + 5 = ablehnend in Prozent)

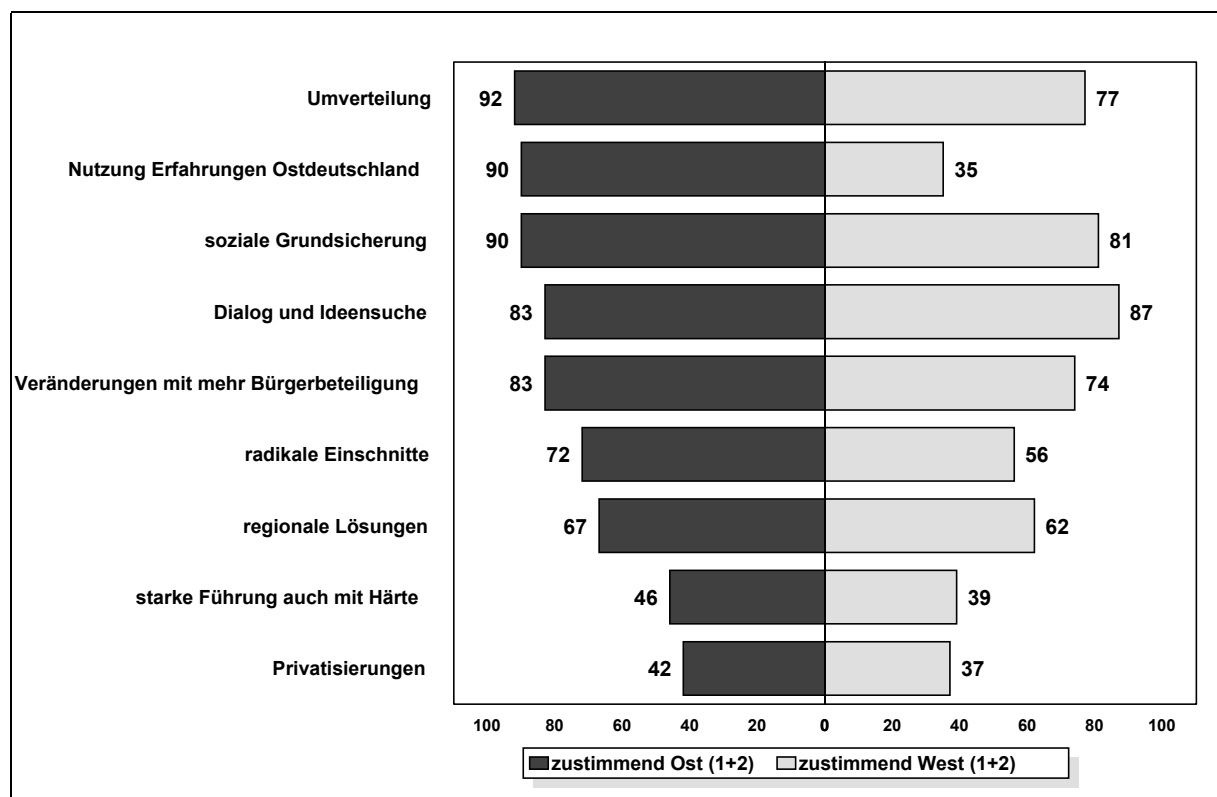


Das kann als Indiz dafür interpretiert werden, dass sich die Stagnation und die tief gehende soziale sowie wirtschaftliche Krise in das Bewusstsein der

Bevölkerung geschrieben haben. Zum anderen zeigt sich aber auch, dass mehrheitlich die Notwendigkeit von Reformen und Veränderungen anerkannt wird. Dabei zeigt sich klar eine Polarisierung zu Umverteilungs- und sozialen Lösungen sowie integrativen und regionalen Ansätzen. Stärker marktwirtschaftlich ausgerichtete Aspekte in Form von Privatisierungen wie auch starke regulierende Eingriffe „von oben“ finden hingegen keine Zustimmung. Vergleicht man die Einstellungen zu den Lösungsvorschlägen zwischen Befragten aus den alten und aus den neuen Bundesländern, ergibt sich folgendes Bild: Bis auf den Vorschlag „Breiter Dialog und Ideensuche, um ganz neue Wege einzuschlagen“ finden alle Aussagen im Osten mehr Zustimmung als im Westen. Der Unterschied ist besonders auffällig bei dem Lösungsvorschlag, Erfahrungen aus Ostdeutschland stärker zu nutzen. Dem stimmen 90 Prozent der Befragten aus den neuen Bundesländern zu, aber nur 35 Prozent der Befragten aus den alten Bundesländern.

Abb. PoliLand 24: Einstellungen zu Lösungsvorschlägen in der Gesellschaft im Ost-West-Vergleich

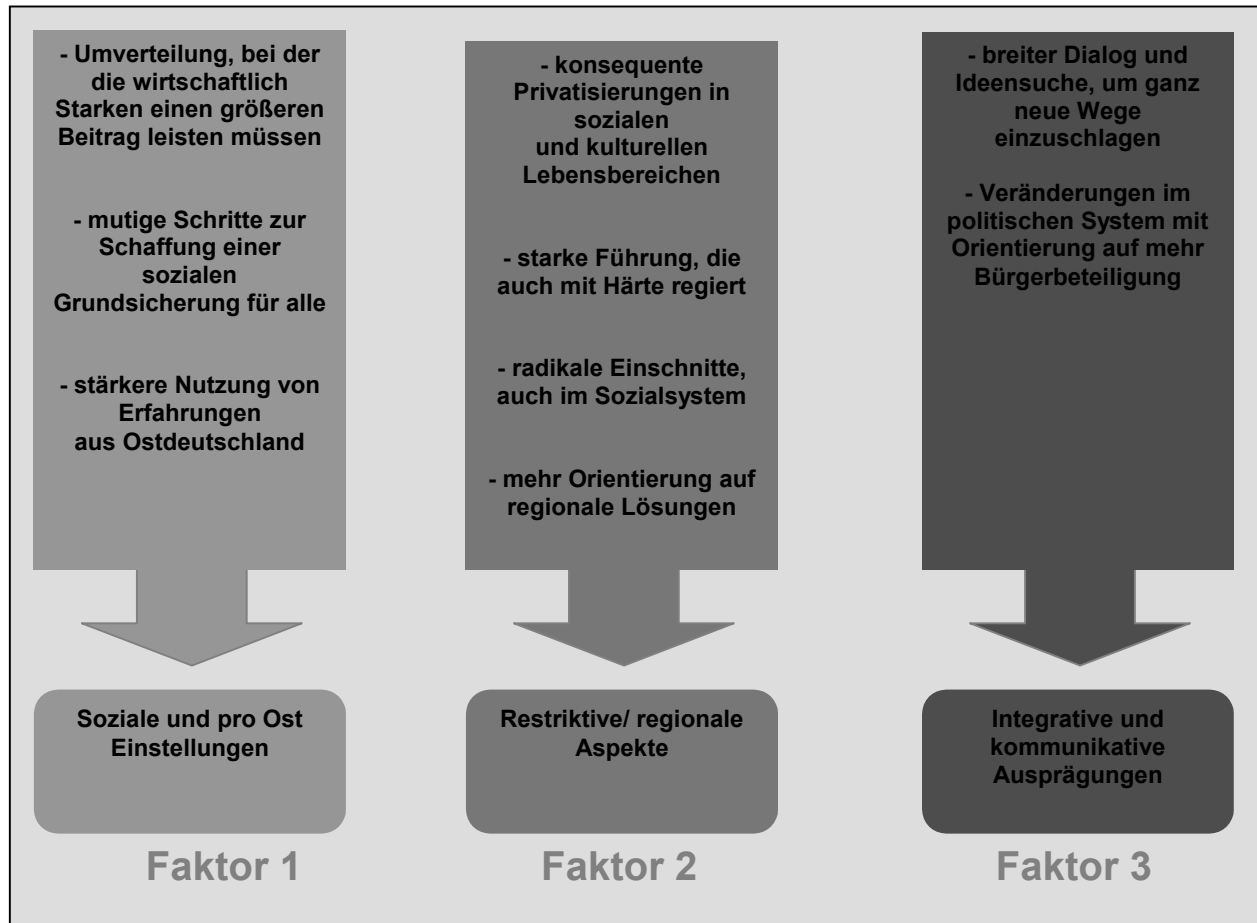
(Antworten 1 + 2 = zustimmend sowie 4 + 5 = ablehnend in Prozent)



Bei einer Reduzierung bzw. Zusammenfassung der einzelnen Ausprägungen mittels Faktorenanalyse lassen sich insgesamt drei Faktoren entwickeln (s. Abb. PoliLand 25):

1. Soziale und pro Ost Einstellungen,
2. restriktive/ regionale Aspekte,
3. integrative und kommunikative Ausprägungen.

Abb. PoliLand 25: Bildung der Faktoren „Reform- und Interventionsansätze“

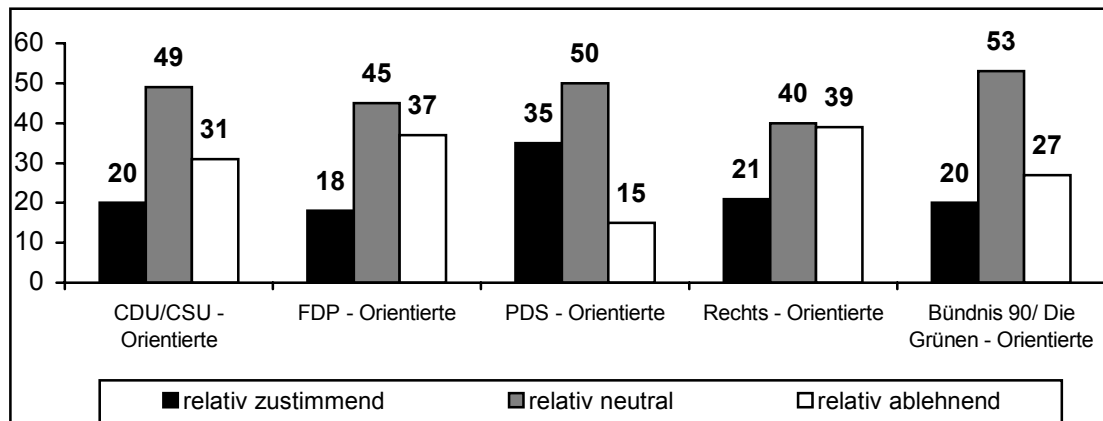


Im Folgenden werden diese drei Faktoren noch einmal im Zusammenhang zu den Partei-Orientierungen untersucht.

Den sozialen und pro Ost Aspekten stimmen mit 35 Prozent am stärksten die PDS-Anhänger zu. Das kann zum einen heißen, dass von diesem Personenkreis dort die stärksten Ressourcen für die Lösung der anstehenden Probleme gesehen werden. Eine andere Interpretationsmöglichkeit ist aber auch, dass gerade in diesen Punkten ein Handlungsbedarf gesehen wird. Diesen Lösungsansätzen tendenziell ablehnend stehen diejenigen der Befragten gegenüber, die sich in ihren Interessen von der CDU, der FDP oder von rechts gerichteten Parteien vertreten sehen. Keine Zusammenhänge lassen sich für die SPD-Orientierten und für Anhänger anderer Parteien nachweisen, (vgl. Tabelle 14 im Anhang).

Abb. PoliLand 26: Soziale und pro Ost orientierte Lösungsansätze und Parteiorientierungen

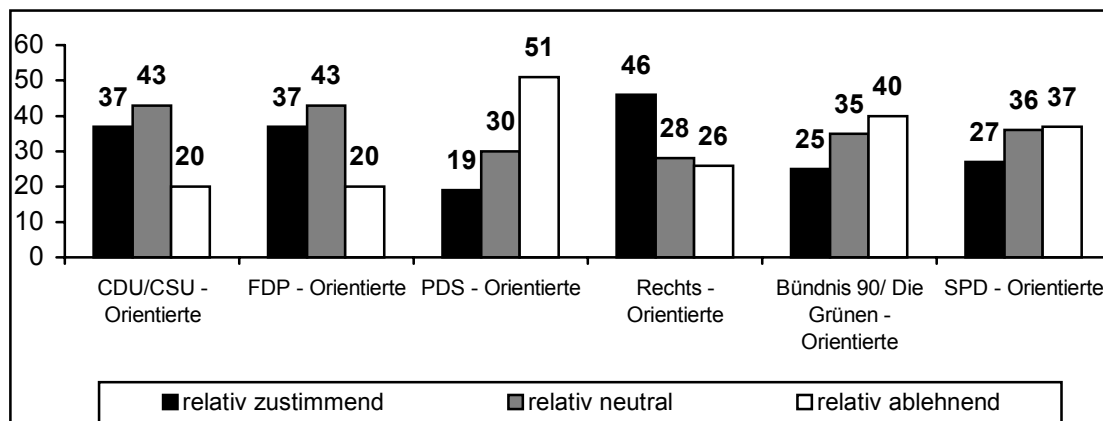
(Antworten in Prozent)



Ein etwas anderes Bild zeigt sich bei restriktiven/ regionalen Aspekten der Problemintervention. Hier sehen einen Veränderungsbedarf bzw. Veränderungsmöglichkeiten die Befragten, die sich in ihren Interessen von CDU/CSU, der FDP oder rechten Parteien vertreten fühlen. Diese Tendenz ist bei den Rechts-Orientierten mit 46 Prozent am stärksten. Anhänger der SPD, PDS und vom Bündnis 90/ Die Grünen lehnen diese Gruppe von Lösungsvorschlägen hingegen eher ab.

Abb. PoliLand 27: Restriktive und regional orientierte Lösungsansätze und Parteiorientierungen

(Antworten in Prozent)

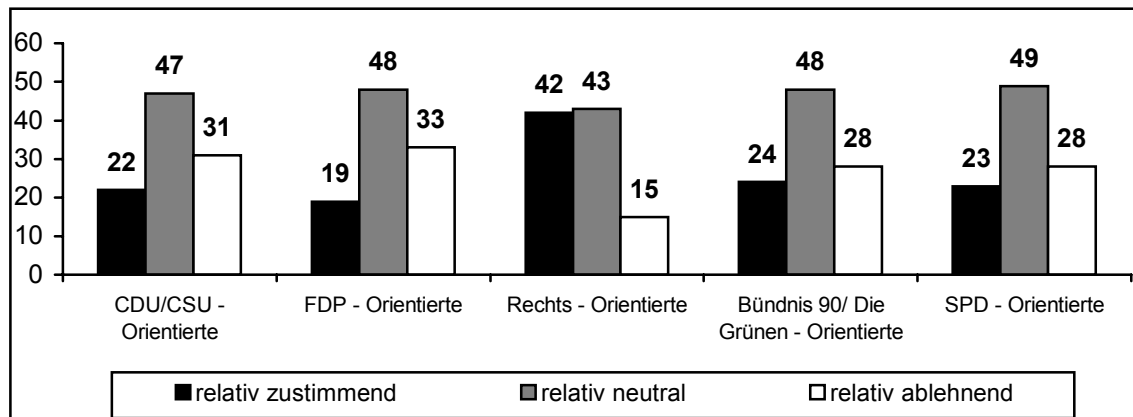


Lösungsansätze im integrativen oder kommunikativen Bereich finden bei den Befragten mit Orientierung zu rechten Parteien verstärkt Zustimmung. Die Anhänger von CDU/CSU, SPD, FDP, Bündnis 90/ Die Grünen sehen hierin

tendenziell eher keine Möglichkeit zur Lösung angestauter Probleme. Kein Zusammenhang lässt sich zur Anhängerschaft der PDS anzeigen (vgl. Tabelle 16 im Anhang).

Abb. PoliLand 28: Integrative und kommunikativ orientierte Lösungsansätze und Parteiorientierungen

(Antworten in Prozent)

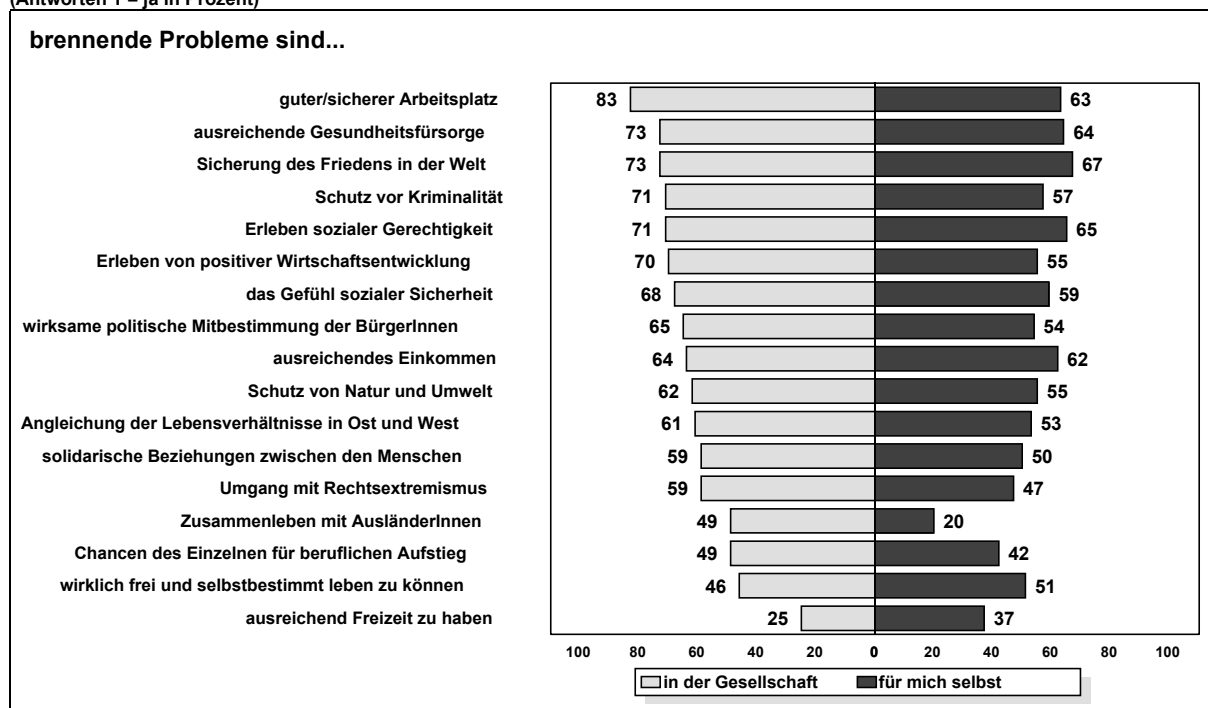


5. Reflektiertes Problembewusstsein

In diesem Kapitel geht es um die Wahrnehmung und Bewertung von gesellschaftlichen Problemen in der Gegenüberstellung zu individuellen Problemlagen in der Bevölkerung Deutschlands. Es wurden globale, existenzielle, wirtschaftliche, ökologische, soziale und individuelle Problembereiche erfragt⁵. In der folgenden Abbildung sind zum einen die gesellschaftlichen Probleme und zum anderen die Probleme für die Befragten persönlich abgebildet.

Abb. PoliLand 29: Brennende Probleme gegenübergestellt: in der Gesellschaft und für Befragte persönlich

(Antworten 1 = ja in Prozent)



Das brennendste Problem in der Gesellschaft ist mit 83 Prozent Ja-Antworten ein „guter/ sicherer Arbeitsplatz“, was bei den hohen Arbeitslosenzahlen keine Überraschung ist. Dieser Aspekt wird von 63 Prozent der Stichprobe auch als individuelles Problemfeld reflektiert. Als weitere brennende Probleme der Gesellschaft werden „ausreichende Gesundheitsfürsorge“ (73 Prozent), „Sicherung des Friedens in der Welt“ (73 Prozent), „Schutz vor Kriminalität“ (71 Prozent), „Erleben sozialer Gerechtigkeit“ (71 Prozent) und „Erleben von positiver Wirtschaftsentwicklung“ (70 Prozent) gesehen.

Die „Sicherung des Friedens in der Welt“ ist auch für 67 Prozent der Befragten persönlich von Bedeutung. Ebenso das „Erleben sozialer Gerechtigkeit“ (65

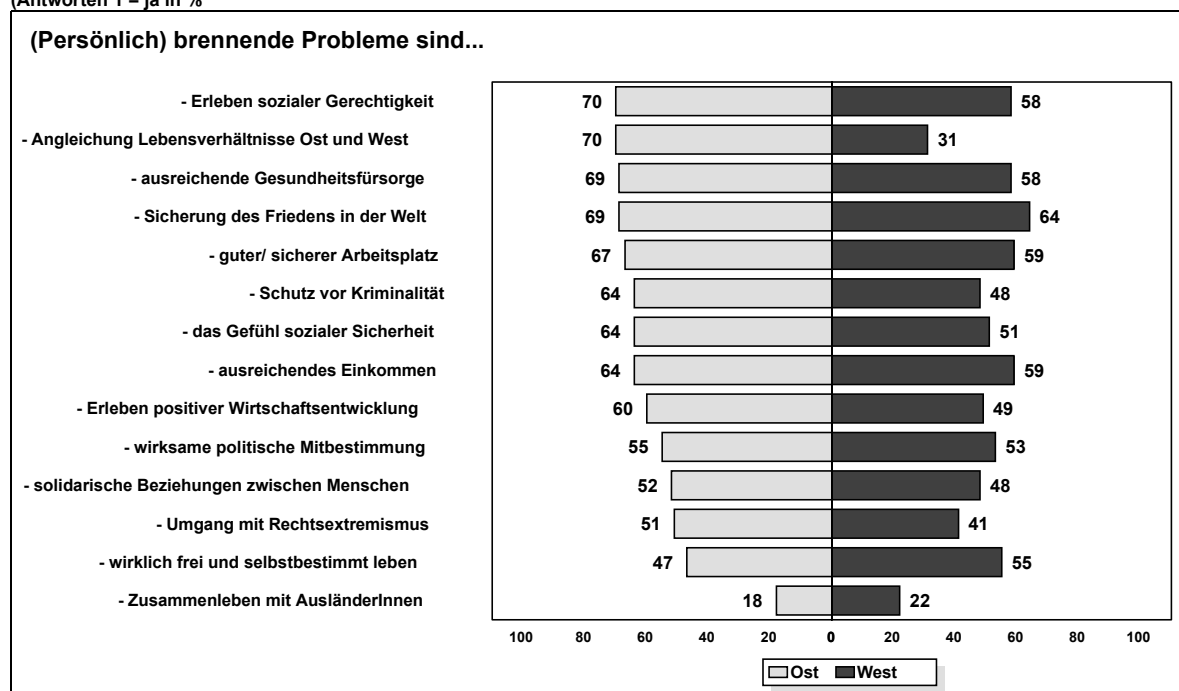
⁵ genauere Fragestellung sowie Antwortalternativen siehe Tabelle 15 im Anhang

Prozent), die „ausreichende Gesundheitsfürsorge“ (64 Prozent), ein „guter/ sicherer Arbeitsplatz“ (63 Prozent) sowie „ausreichendes Einkommen“ (62 Prozent). Tendenziell gibt es mehr Ja-Antworten bezüglich brennender Probleme auf der allgemeinen, gesellschaftlichen Ebene als auf der persönlichen Ebene. Das könnte dafür sprechen, dass die eigenen Problemlagen nicht so kritisch sind bzw. gesehen werden wie die Probleme in der Gesellschaft. Eine Ausnahme stellen die zwei Items „wirklich frei und selbstbestimmt leben zu können“ und „ausreichend Freizeit zu haben“ dar. Hierbei gab es mehr Zustimmungen auf der persönlichen Ebene.

Ost-West-Vergleich: Auch bei den Problemorientierungen ergibt sich ein interessantes Bild beim Vergleich der Antworten von Befragten aus den alten und den neuen Bundesländern. Sowohl auf persönlicher als auch auf gesellschaftlicher Ebene (s. Abb. PoliLand 30 und Abb. PoliLand 31) stimmen im Großen und Ganzen mehr Ostdeutsche den einzelnen Problemen zu. Nur bei den Aussagen „wirklich frei und selbstbestimmt leben“ und „Zusammenleben mit AusländerInnen“ (persönlich) überwiegen die Zustimmungen der Westdeutschen.

Abb. PoliLand 30: Problemorientierungen „persönlich“ im Ost-West-Vergleich

(Antworten 1 = ja in %)

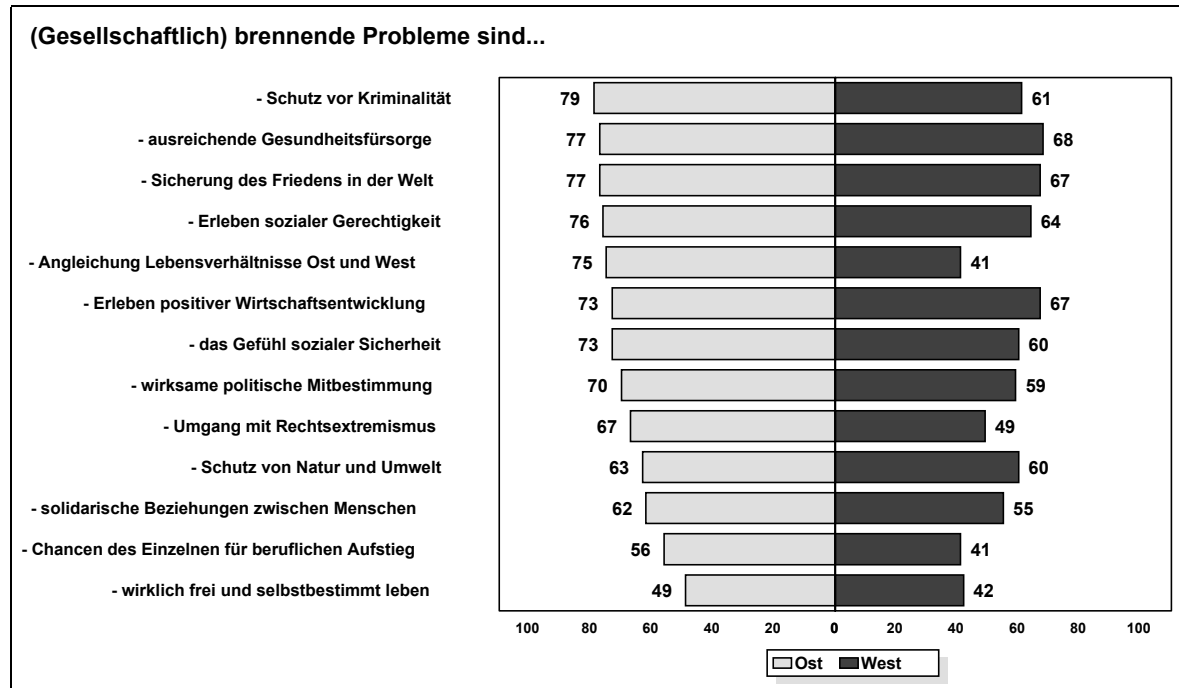


Auffallend ist wieder der große Unterschied in der Einschätzung, wenn es um „spezifisch ostdeutsche“ Probleme geht. Die „Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West“ sehen 70 Prozent der Ostdeutschen als

persönliches Problem, aber nur 31 Prozent der Westdeutschen. Auf gesellschaftlicher Ebene sind es 75 gegenüber 41 Prozent.

Abb. PoliLand 31: Problemorientierungen „gesellschaftlich“ im Ost-West-Vergleich

(Antworten 1 = ja in %)



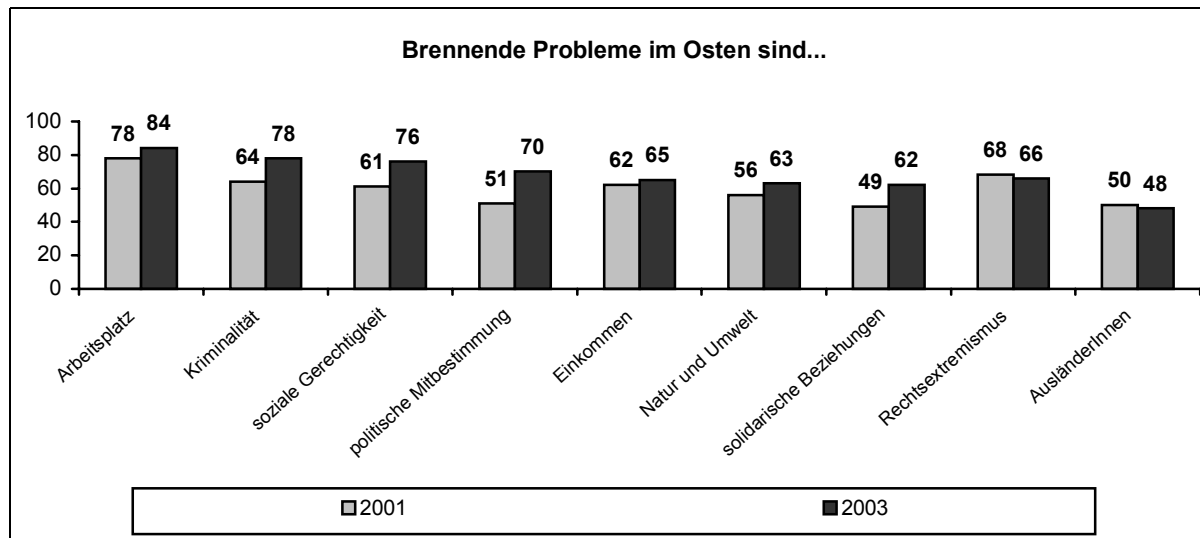
Zeitvergleich 2001/2003

Einige der hier gestellten Fragen waren (in gleicher oder ähnlicher Form) auch Bestandteil der Studie „Bürgermeinung 2001“. So kann die Wahrnehmung und Bewertung der Probleme der Befragten im Zeitvergleich 2001:2003 betrachtet werden. Es lässt sich folgende Tendenz feststellen: Sowohl die gesellschaftlichen als auch die persönlichen Probleme haben sich in der Wahrnehmung der Befragten verschärft. Eine Ausnahme bilden die Punkte Rechtsextremismus und AusländerInnen (gesellschaftlich) und AusländerInnen (persönlich). Diese werden 2003 von weniger Menschen als problematisch wahrgenommen als dies noch 2001 der Fall war, (vgl. Anhang Abb. 33 und 34).

Die Antworten werden im Folgenden nach alten und neuen Bundesländern differenziert dargestellt. Die nächste Abbildung zeigt die brennenden Probleme in der Gesellschaft in den neuen Bundesländern im Vergleich 2001:2003.

Abb. PoliLand 32: Brennende Probleme in der Gesellschaft (Osten) im Zeitvergleich 2001:2003

(Antworten 1 = ja in Prozent)

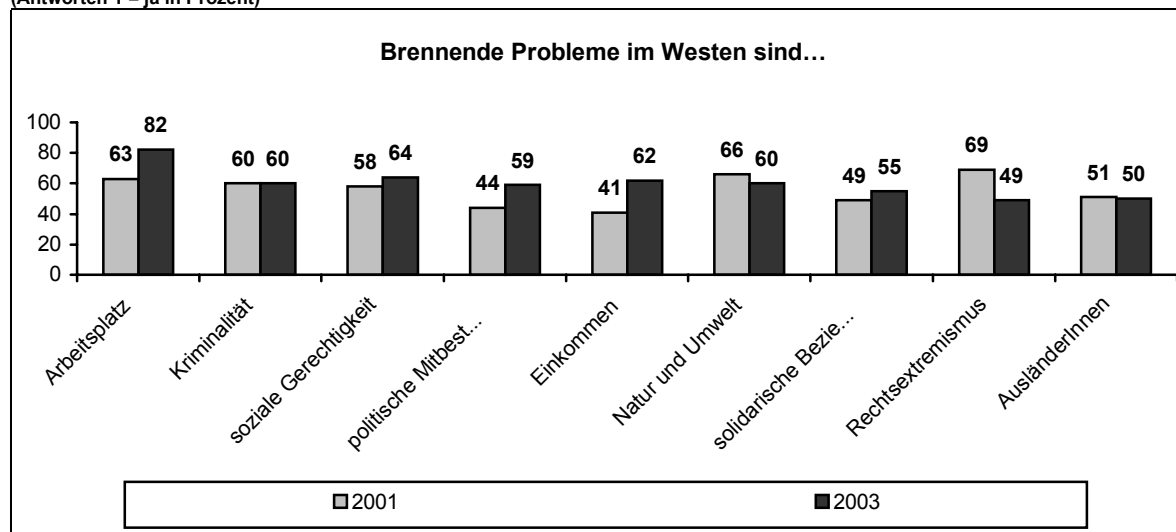


Man kann hier sehr deutlich erkennen, dass sich die Wahrnehmung nahezu aller Problemkomplexe innerhalb von zwei Jahren verschärft hat. Ausgenommen sind die Items „Umgang mit Rechtsextremismus“ und das „Zusammenleben mit AusländerInnen“. Bei diesen Problembereichen ist ein leichter Rückgang um jeweils 2 Prozentpunkte zu verzeichnen.

In den alten Bundesländern lässt sich eine ähnliche Tendenz erkennen. Auch hier ist im Zeitvergleich 2001:2003 eine Zunahme der Probleme in der Gesellschaft zu registrieren. Allerdings hat sich der Problembereich „Umgang mit Rechtsextremismus“ in der Wahrnehmung um 20 Prozentpunkte reduziert. Des Weiteren ist eine Abnahme bei dem Item „Schutz von Natur und Umwelt“ sichtbar.

Abb. PoliLand 33: Brennende Probleme in der Gesellschaft (Westen) im Zeitvergleich 2001:2003

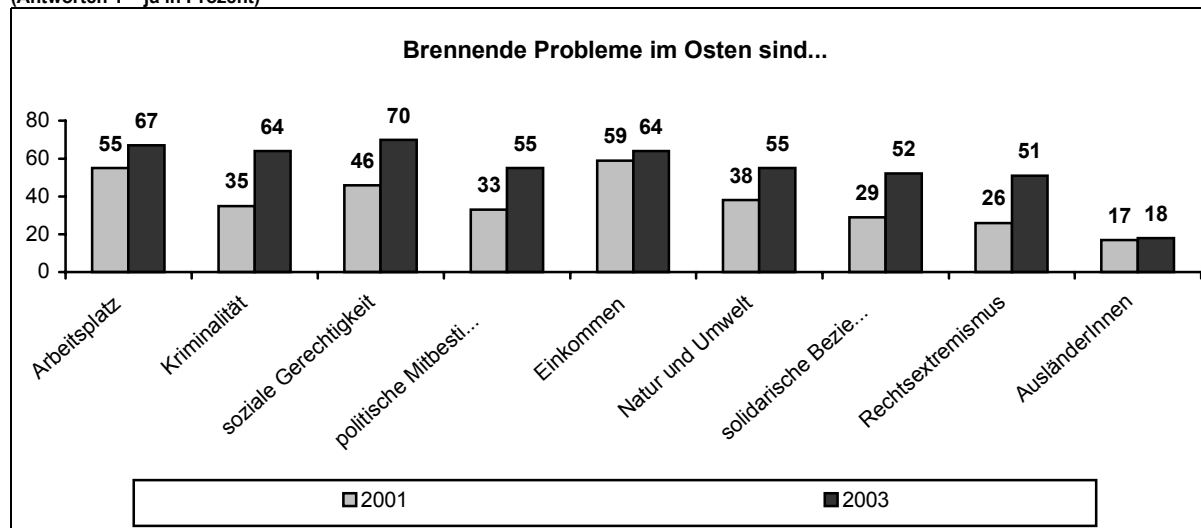
(Antworten 1 = ja in Prozent)



Der Zeitvergleich auf der persönlichen Ebene ähnelt dem der allgemeinen, gesellschaftlichen Ebene. Auch hier haben die Zustimmungen zu den Problembereichen innerhalb von zwei Jahren zugenommen.

Abb. PoliLand 34: Brennende Probleme für die Befragten persönlich (Osten) im Zeitvergleich 2001:2003

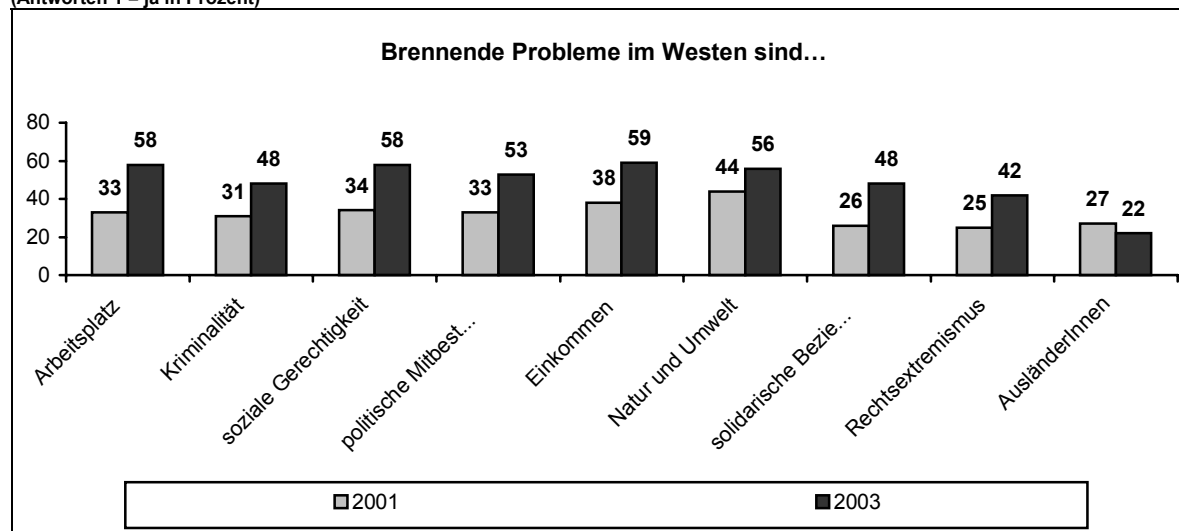
(Antworten 1 = ja in Prozent)



Eine Ausnahme stellt in den alten Bundesländern der Item „Zusammenleben mit Ausländern“ dar, der eine Abnahme (von 27 Prozent auf 22 Prozent) zu verzeichnen hat.

Abb. PoliLand 35: Brennende Probleme für die Befragten persönlich (Westen) im Zeitvergleich 2001:2003

(Antworten 1 = ja in Prozent)



Interessant ist in beiden Teilen Deutschlands die besonders erhebliche Zunahme des Themenbereiches „Umgang mit Rechtsextremismus“ (neue Bundesländer: von 26 Prozent auf 51 Prozent, alte Bundesländer: von 25 Prozent auf 42 Prozent) als ein persönliches Problem. Im Vergleich zu dem Item „Zusammenleben mit AusländerInnen“ (neue Bundesländer: von 17 Prozent auf 18 Prozent, alte Bundesländer: von 27 Prozent auf 22 Prozent), der einen unmittelbaren Zusammenhang zu dem Item „Umgang mit Rechtsextremismus“ vermuten lässt, scheint dies sehr widersprüchlich. Dieser hat keine Zunahme zu verzeichnen⁶.

Faktorenanalyse der gesellschaftlichen Problemlagen

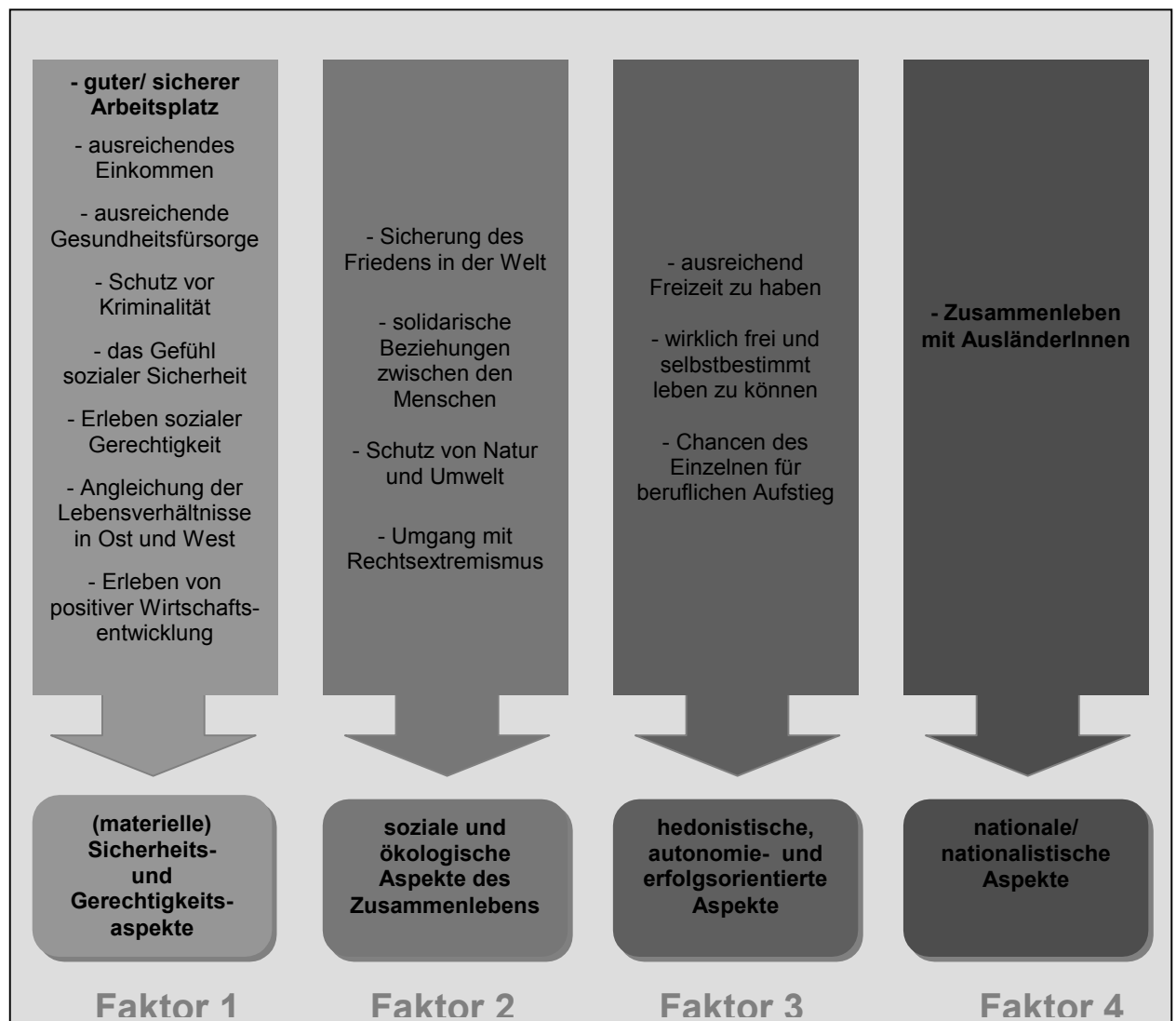
Die einzelnen Problembereiche auf der gesellschaftlichen Ebene wurden einer Faktorenanalyse unterzogen. Es wurden vier Faktoren extrahiert. Der erste Faktor kennzeichnet (*materielle*) *Sicherheits- und Gerechtigkeitsaspekte*, der zweite Faktor *soziale und ökologische Aspekte des Zusammenlebens*, der

⁶ Eine Interpretation wäre hier mit Vorsicht zu genießen, da die Formulierungen der Frageitems in den zwei Fragebögen 2001:2003 nicht genau übereinstimmen. Im Fragebogen 2001 hieß der Item „Auftreten von Rechtsextremismus“ und im Fragebogen 2003 lautete er „Umgang mit Rechtsextremismus“.

dritte Faktor *hedonistische, autonomie- und erfolgsorientierte Aspekte* und der vierte Faktor benennt *nationale/ nationalistische Aspekte*.

Die Zusammensetzung der einzelnen Faktoren ist aus folgenden Abbildung zu entnehmen.

Abb. PoliLand 36: Bildung der Faktoren „Brennende Probleme in der Gesellschaft“



6. Fazit

Im Folgenden werden die Hauptergebnisse noch einmal in Form von Thesen zusammengefasst:

These 1) Es zeigt sich ein Bild, das von einem Missverhältnis zwischen Interessen der Bevölkerung und der Wahrnehmung dieser Interessen durch die Parteien zeugt. Keine der Parteien bekommt ungeteilten Zuspruch von mehr als 17 Prozent der Befragten, wobei die Unterschiede zwischen großen und kleinen Parteien nicht sehr stark ausgeprägt sind. Von der SPD, CDU/CSU, vom Bündnis 90/ Die Grünen und der PDS fühlen sich jeweils zwischen 13 und 17 Prozent der Befragten in ihren Interessen vertreten. Die Orientierungen zur FDP, zu rechten sowie zu anderen Parteien liegen bei fünf Prozent und darunter.

These 2) Insgesamt zeigt sich bei den Befragten ein Einstellungsbild, das von mehrheitlich instabilen und problembewussten sowie zukunftskeptischen Aspekten geprägt ist. Im Zeitvergleich 2001 zu 2003 haben sich sowohl das Veränderungs- als auch das Problembewusstsein erhöht.

These 3) Die Einstellung zur Zukunft ist abhängig vom Geschlecht, dem Alter, dem Siedlungstyp und dem Wohnort Ost/ West, dem Erwerbsstatus, den Einkommensverhältnissen und dem Bildungsabschluss.

Eine vergleichsweise optimistische Einstellung findet sich bei Männern, in den alten Bundesländern, bei Erwerbstätigen, in den oberen Einkommensklassen und in der jüngeren Bevölkerung.

These 4) Die Einschätzung der Stabilität der Gesellschaft ist abhängig vom Alter, der beruflichen und Einkommenssituation, dem Wohnort Ost/ West und der Parteiorientierung. Die Gesellschaft als instabil betrachten vor allem die Älteren, die nicht Erwerbstätigen oder jene mit einem geringen Einkommen. Des Weiteren die Ostdeutschen und diejenigen, die sich in ihren politischen Interessen von der PDS oder auch rechten Parteien vertreten sehen.

These 5) In Übereinstimmung mit dem großen Instabilitäts- und Veränderungsbewusstsein in der Bevölkerung zeigt sich auch eine große Bestätigung einzelner Reform- und Interventionsansätze. Dabei zeigt sich klar eine Polarisierung zu Umverteilungs- und sozialen Lösungen sowie integrativen und regionalen Ansätzen. Keine Zustimmung finden stärker

marktwirtschaftlich ausgerichtete Aspekte in Form von Privatisierungen wie auch starke regulierende Eingriffe „von oben“.

These 6) Insgesamt zeigt sich eine hohe Sensibilisierung für verschiedene Problemaspekte. Das betrifft globale, existenzielle, wirtschaftliche, ökologische, soziale und individuelle Bereiche. An erster Stelle der Rangliste steht die Sorge um einen „guten/ sicheren Arbeitsplatz“ gefolgt von den Problemkreisen „Gesundheitsfürsorge“ und „Sicherung des Friedens in der Welt“. Nahezu alle Problemkomplexe haben sich in der Wahrnehmung innerhalb von zwei Jahren verschärft.

These 7) Weiterführender Forschungsbedarf zeigt sich aus Sicht der AutorInnen in einer Weiterführung der Datenerhebung und -analyse, um im Zeitvergleich Veränderungstendenzen abbilden zu können. Ziel dafür wäre es, Indikatoren zu entwickeln und zu prüfen und diese unverändert in Zeitreihenanalysen anzuwenden.

7. Quellen

Chrapa, M./ Wittich, D. (2004): Bürgermeinung 2003: Problemwahrnehmung, Zukunftsbilder und Meinungen über politische Akteure. Soziologisch-empirische Studie, unveröffentlichter Projektbericht, Berlin.

Chrapa, M./ Wittich D. (2001): Bürgermeinung 2001: Politische Einstellungen in der deutschen Bevölkerung. unveröffentlichter Projektbericht, Berlin, Halle.